

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vier-spaltige Petitzelle oder deren Raum 15 Pfg., für die Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg.; Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 142.

Freitag den 21. Juni 1901.

8 Jahrgang.

## Parteigenossen! Agitiert für die Bürgerchaftswahlen!

### Der Bund der Brodwucherer.

Seitdem die Frage des zukünftigen Getreidezolles sich ihrer Entscheidung nähert, steht der Bund der Landwirthe im Vordergrunde der Agitation. Die Wangenheim, Roefide und Hahn arbeiten mit dem Muth der Verzweiflung. Ihre Presse schlägt gegen die Regierung, die „nur“ den früheren Zollschutz von 5 Mk. wiederherstellen will, den heftigsten Ton an, zahllose Versammlungen werden abgehalten; die Bundeshäuptlinge haben den Versuch gemacht, Bayern an ihre Fahne zu fesseln, und das Mißlingen des Versuchs hat sie nicht abgehalten, in die Domäne des Zentrums, das Rheinland, einzubringen und dort im Anhang für den „Bund“ zu werben. Die Abstimmung über die Branntweinsteuernovelle in der letzten Sitzung des Reichstags, hat den Bundeshäuptlingen eben klar gezeigt, wie unsicher der Stand ihrer Aktien ist. Dazu kommt, daß den Sommer über, theils durch den scharfen Einspruch des Auslandes, theils durch die Lage der Industrie und die Aussicht auf eine ungünstige Ernte, die an und für sich schon theures Brod bedeutet, Mancher von dem unbedingten Anhang der Brodwucherer wandel geworden ist. Das ist Ursache genug, kein Mittel unberührt zu lassen, den agrarischen Heerhaufen zusammenzuhalten, damit nicht der sichere Profit noch in letzter Stunde zum Teufel geht, wie bei der Branntweinsteuernovelle.

Der kommende Zolltarif regelt die zollpolitischen Verhältnisse auf die Dauer von zehn Jahren. Einmal abgeschlossen, läßt sich während dieses Zeitraums an den Zollsätzen nichts mehr ändern. Das wissen die Brodwucherer und deshalb sind sie auf dem Damm. Es handelt sich für sie nicht bloß um die Zollerhöhung an und für sich, sondern im Weiteren auch um Sein oder Nichtsein ihrer agrarischen Organisation, den Bund der Landwirthe. Dieser „Bund“ ist heute ein weitverzweigtes politisches Geschäft mit einer großen Centrale in Berlin, und zahllose pfiffige Köpfe haben bei ihm eine brillante Existenz. Das Berliner Centralbureau beschäftigt schon eine große Anzahl Leute mit hohen Gehältern. Dann verlegt der „Bund“ ein paar Zeitungen, er unterhält ein Preszbureau, welches die dem Bunde ergebene Presse mit Artikeln usw. versorgt, und nicht gering ist die Zahl der Journalisten, die hierbei ihre Existenz haben. Viele Zeitungsverleger in der Provinz erhalten vom „Bund“ Zuschüsse und besorgen dafür seine Geschäfte. Zahllos ist die Menge der Wanderredner, die der „Bund“ befolgt und umherführt, zahllos auch die Schaar der Leute, die als Bezirksvorsitzende in den einzelnen Landesstellen für den „Bund“ thätig sind und dafür beträchtliche Summen beziehen. Daß der „Bund“ auch Reichstagsabgeordnete befolgt, hat die Presse erst dieser Tage behauptet, ohne daß die Bundeshäuptlinge auch nur zu museln wagten. Der „Bund“ ist überdies eine profitabile Genossenschaft und verdient an der Vermittlung von Saatgetreide, von Waaren aller Art für seine Mitglieder, große Summen. Eine solche Organisation zu erhalten, haben neben den Großgrundbesitzern, für deren Zollprostitute er eintritt, neben den Konservativen, deren eigentliche politische Agitationsmaschinerie er gegenwärtig ist, noch viele Leute ein Interesse.

Nun hat der Bund seinen Anhang unter den Bauern gewonnen durch die skrupellosen Versprechungen. Er verspricht ihnen Verdoppelung und Verdreifachung ihrer Einnahmen durch Erhöhung der Agrarzölle. Die Neben in den Zirkus Busch-Versammlungen zu Berlin, die Agitation im Lande gab den Bauern von dem Einfluß und dem Können der Bundeshäuptlinge und ihres Anhanges ein übertriebenes Bild. Sie opferten ihre Markstücke und Thaler, wollten aber dafür auch Erfolge sehen. Bewahrheiten sich nun die von den Bündlern erweckten Hoffnungen nicht, erreicht der Zoll nicht die gepriesene Höhe, bleibt auf weitere zehn Jahre Alles beim Alten, so ist's um das Ansehen der Bundeshäuptlinge in den Agrardistrikten Norddeutschlands geschehen. Der Bund macht dann eine schlimme Krise durch und theilt schließlich das Schicksal der antimilitarischen Partei. Auch diese kam ja nach der Althwardtschen Agitation hoch durch die tollen Versprechungen, die sie dem Kleinbürgertum machte, und sie brach zusammen, als an der Unfähigkeit, die gemachten Versprechungen in Thaten umzusetzen, selbst der Blödeste ihre Hohlheit erkannte.

Die Furcht vor dem Zusammenbruch spornt auch den Klepper der agrarischen Agitation zum Muth der Verzweiflung. Die agrarische Führerklique wird uns, sobald erst der Zolltarif das Reichsschatzamt verlassen hat, einen Kampf liefern, der unseren vollen Widerstand herausfordert wird. Das Volk hat zu zeigen, daß es nicht gewillt ist, sich sein täglich Brod im Interesse einer Handvoll Junker durch die

bezahlte Truppe des Bundes der Landwirthe vertheuern zu lassen. Und dies wird das Volk zeigen, denn die Erregung ist zu groß und allgemein und die Agrarier werden sicher ihre Niederlage erhalten, denn sie haben den Bogen ihrer Agitation überspannt.

Im Kampf um den Getreidezoll wird der „Bund der Landwirthe“ seinen Untergang finden. Für die politische Lage ist das von wesentlicher Bedeutung. Seit 1892 ist der Bund die neue Firma für die alte in Verfall gekommene Sache der konservativen Reaktionsäre. Durch den Zusammenbruch der Kartellparteien und den mächtigen Vorwärtsmarsch der Sozialdemokratie im Jahre 1890 waren die Konservativen ohnedies geschwächt worden. Die darauf einsetzende antimilitarische Agitation, Hand in Hand mit der sogenannten Mittelstandsbeziehung, die Anfangs der 90er Jahre viel von sich reden machte, that den Konservativen viel Abbruch. Sicher wäre es, bis auf die eigentlichen Domänen der Junker, um die konservative Herrschaft geschehen gewesen, wenn nicht der „Bund der Landwirthe“ sich als konservative Deckadresse gefunden hätte. Und da in Folge guter Ernten im Jahre 1892 die Getreidepreise zurückgegangen waren, fand der „Bund“ auch starken Zulauf. Er sammelte alle Unzufriedenen gegen die bestehenden Handelsverträge und von Jahr zu Jahr stieg sein Einfluß. Als der Antrag Kanitz auf Beibehaltung des Bundes zum ersten Male eingebracht wurde, erklärte noch der Abg. v. Bennigsen, der damalige Führer der Nationalliberalen: „daß bis zu dieser Höhe der Gemeingefährlichkeit noch keine einzige der agrarischen Forderungen herangereicht habe.“ Seitdem hat die geschickte Agitation des Bundes, im Verein mit der durch die Riesenerträge der Industrie in der Prosperitätsperiode in der Landwirtschaft erzeugte Begehrlichkeit, den Bund mächtig erstarken lassen. Heute sind ihm, mit Ausnahme der Freisinnigen und unierer Partei, fast alle Fraktionen im Reichstage unterthan. Die Abgeordneten sind mit seiner Unterstützung gewöhnt und sie haben, aus Furcht um das Mandat, nicht gewagt, wider den Stachel des Bundes zu löden.

Auch der neue Reichskanzler glaubte ja, ohne den Bund nicht regieren zu können und machte vor seinen Forderungen die tiefsten Verbeugungen. Erst der Widerspruch des Auslandes brachte ihn von seiner Stellungnahme ab. Dazu hat die Unverschämtheit der agrarischen Führer bewirkt, daß mancher auf die Agrarforderungen eingeschworene Abgeordnete von Industriegegnenden sich vom „Bund“ abwendet und dessen Macht dadurch gegenwärtig merklich im Sinken ist.

Die Sozialdemokratie wird je nach den Umständen den Kampf gegen die beutehungrigen Brodwucherer führen, auch mit dem Mittel der Obstruktion. Es ist dann sehr fraglich, ob jene auch nur den 5 Mk.-Zoll erringen, und es bedarf hierzu ihres ganzen Zusammenhalts. Geht ihr Streben in die Brüche, dann wird sich ihre ganze Wuth gegen die Sozialdemokratie entladen. So war's ja aber auch bisher schon. Der Krach der 70er Jahre schloß ab mit dem Sozialistengesetz, den Jahren der Depression anfangs der 90er Jahre folgte die Umsturzworlage; auch die verfrachtete Brodwucherpolitik wird wieder ihren Abschluß in einer Haß auf die Sozialdemokratie finden, und es sprechen dafür schon viele Anzeichen. Wir lachen ihrer, denn wir wissen, daß wir sieghaft bleiben und während sich die Organisationen unserer Gegner im Kampf um den Augenblicksprofit ruinieren, geht die Sozialdemokratie groß und ruhig ihren Gang, ihrem unverrückbaren Ziele zu.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

**Eine neue Kaiserrede.** Nach Beendigung der Regatten auf der Unterelbe fand Dienstag an Bord der Dampfschiff „Prinzessin Viktoria Louise“ der Hamburg-Amerika-Linie ein Diner statt, an welchem der Kaiser und Prinz Heinrich theilnahmen. In Erinnerung auf eine in ein Hoch auf den Kaiser ausklingende Rede des Hamburger Bürgermeisters Münchberg, in welcher derselbe an die Ereignisse des verfloffenen Jahres angeknüpft hatte, sagte der Kaiser etwa folgendes:

„Für die berebten Worte Eurer Magnificenz sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Ich spreche Ihnen und allen meinen Kameraden auf dem Wasser meine Freude aus, daß es mir vergönnt ist, unter Ihnen wieder einmal als Theilnehmer an den Wettfahrten des Norddeutschen Regatta-Vereins zu erscheinen. Seine Magnificenz hat uns in kurzer und mactiger Ansprache ein Bild der Entwicklung unseres Vaterlandes auf dem Gebiete des Wassersports und seiner Beziehungen zum Auslande im letzten Jahre in so trefflicher Weise geschildert, wie es besser und

schöner nicht geschehen konnte. Meine ganze Aufgabe für die Zukunft wird sein, daß das, wozu jetzt die Keime gelegt worden sind, auch in Ruhe und Sicherheit aufsprießen kann.

Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, den Platz an der Sonne erkämpft. Es wird nun meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieser Platz an der Sonne uns unbefritten erhalten bleibt, damit ihre Strahlen befruchtend wirken können auf den Handel und Wandel nach außen, die Industrie und die Landwirtschaft nach innen und auf den Segelsport in den Gewässern, denn unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.

Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen — sei es nun im Wettstreit des Segelsports, sei es auf der Reise über den Ocean oder im Dienste der Kriegsmarine —, desto besser ist es für uns. Denn hat der Deutsche erst einmal gelernt, seinen Blick auf das Weite, Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche, das ihn im täglichen Leben hin und wieder umfängt.

Wenn man aber diesen hohen und freien Blick haben will, so ist wohl eine Hansestadt der geeignetste Standpunkt dafür; und was wir vorher aus der Geschichte unserer Entwicklung vernommen haben, ist doch wohl weiter nichts, als was ich schon einmal hervorgehoben, als ich meinen Bruder hinausjandte auf die ostasiatische Station: Wir haben die Kontingenzen gegogen aus dem, was Kaiser Wilhelm der Große, mein unvergesslicher Großvater, und der große Mann, dessen Denkmal wir ieben enthüllt haben, als ihre Schöpfung uns hinterlassen haben. Die Kontingenzen bestehen darin, daß wir dort einziehen, wo in alter Zeit die Hanja hat aufhören müssen, weil die belebende und beschützende Kraft des Kaiserthums fehlte. So möge es denn nun die Aufgabe meines Hauses sein, bis auf lange Jahre hinaus in tiefem Frieden Handel und Wandel zu fördern und zu schützen.

Ich erblicke in den Ereignissen, die sich in China abgepielt haben und die in der jetzigen Heimkehr der Truppen ihre Beendigung finden, eine Gewähr dafür, daß der europäische Friede auf lange Jahre gesichert ist, denn die Leistungen der einzelnen Kontingente haben eine auf gegenseitiger Hochachtung und Kameradschaftlichkeit beruhende Vertheilung hervorgerufen, die nur zum Bestande des Friedens beitragen kann. In diesem Frieden werden aber, so hoffe ich, unsere Hansestädte blühen, und unsere neue Hanja wird ihre Bahnen ziehen und ihre neuen Abzweigungen erkämpfen und erwerben; und da kann ich mich als Oberhaupt des Reiches nur über jeden Hanseaten — mag er nun Hamburger, Bremer oder Lübecker sein — freuen, welcher hinausgeht und mit weitem Blick neue Punkte sucht, wo wir einen Nagel einschlagen können, um an der Kette daran aufzuhängen. Deswegen glänze ich wohl auch Ihrer aller Herzen zu sprechen, wenn ich mit Dank anerkende, daß der Direktor dieser Gesellschaft, welcher dieses wunderbare Schiff, nach dem Namen meiner Tochter getauft, uns heute zur Verfügung gestellt hat, als Führer Unternehmungen der Hanja hinausgegangen ist, um für uns friedliche Eroberungen zu machen, Eroberungen, deren Früchte der einst unsere Entel einheimen werden.

In der freudigen Hoffnung, daß dieser unternehmende hanseatische Geist sich immer weiter ausbreiten möge, erhebe ich mein Glas und bitte alle diejenigen, welche meine Kameraden auf dem Wasser sind, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf den Segelsport und den hanseatischen Geist.

Nach Beendigung des Diners verblieb der Kaiser noch längere Zeit in angeregter Unterhaltung an Bord.

Was nun die Rede selbst betrifft, so wiederholt sie Ausprüche, zum Theil sogar in demselben Wortlaute, die von früheren Rundgebungen des kaiserlichen Redners her noch in aller Erinnerung sind. Es bleibt aber noch bemerkenswerthes genug an neuen Gedanken. Der Satz: „trotzdem wir noch keine Flotte haben, wie sie sein soll“, kann so gedeutet werden, daß der letzte Flottenplan noch nicht zur Verwirklichung gediehen ist, aber auch und wahrscheinlicher dahin, daß noch neue, viel weitergehende Pläne gehegt werden. Eine durchaus unerfreuliche Aussicht für alle Kulturaufgaben, welche bisher schon beschämend zurückstehen mußten. Die Absicht, an die Traditionen der Hanja anzuknüpfen, die Redemendung von dem „eroberten Plage an der Sonne“ und endlich der Satz, daß es löblich sei, nach Nageln zu suchen, an denen wir „unser Rüstzeug aufhängen“ müßten, stellen in Aussicht, daß die Politik, welche uns nach China führte, trotz aller ebenso kostspieligen als unfruchtbarer Erfahrungen fortgesetzt werden soll. Das eröffnet keinen frohen Ausblick für das deutsche Volk, als dessen ersten und wichtigsten Beruf wir erachten, daheim Zustände der Wohlfahrt und des innerpolitischen Gedeihens zu schaffen.

In der Presse liegen erst wenig Kommentare dieser neuesten Kaiserrede vor. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt u. a.: Die Rede des Kaisers, wenn sie ein freisinniger Abgeordneter gehalten hätte in ihren letzten Sätzen, würde von unseren Agrariern als Freihandelsprogramm bezeichnet und als Manchesterthum geachtet werden. Die für die Zollpolitik der gegenwärtigen

Minister maßgebenden Agrarier sind gerade diejenigen, die am Kleinlichen haften und ihren Blick nicht über den eigenen Zaun und Krautacker auf das Weite und Große zu richten vermögen. Die Organe der Rechten, wie „Kreuztg.“, „Deutsche Tagesztg.“ und die antisemitische „Staatsbürger-Ztg.“, druckten am Mittwoch Abend die Rede des Kaisers ab ohne jede Bemerkung, nach der „Frei-Ztg.“ ein Beweis, daß sie noch nicht die Formel gefunden zur Beurteilung des in dieser Rede vom Kaiser vertretenen volkswirtschaftlichen Standpunkts, der in direktem Gegensatz steht zu agrarischen Anschauungen. Die „Germania“ bemerkt: „Die geschichtliche Auffassung des Kaisers, daß die alte Hansa lediglich deshalb habe aufhören müssen, weil die belebende und beschützende Kraft des Kaiserthums fehlte, ist irrtümlich. An dem Niedergang und schließlichen Untergang der alten Hansa haben eine Reihe von Faktoren mitgewirkt, besonders aber gab der ungeliebte 30jährige Krieg, der überhaupt die Blüthe des deutschen Städtelebens vernichtete, der alten Hansa den Todesstoß.“

**36 Jahre Minister!** 36 Jahre lang vom Lukanus nicht heimgejagt! Das ist in der That ein Jubiläum, das zu feiern sich lohnt. Herr v. Thielen ist es, dem dieses Glück beschieden ist, der am 20. Juni 1891 als Nachfolger Maybachs das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernahm. Unter fünf Ministerpräsidenten hat er seines Amtes gewaltet, und wie viel Kollegen hat er kommen und gehen sehen. Als vor einigen Wochen drei von ihnen, darunter Miquel, der Vielgewandte, stürzten, da glaubte auch Herr v. Thielen, sein Stündchen habe geschlagen, aber an ihm, der beim perlenden Glase das Wort gefunden hatte: Gebaut wird er doch! ging der Reiz vorüber. Er sitzt fest wieder im Sattel, fester als je, das Dukatenmännchen des preussischen Staates. Jeder großen Reform abhold, hat Herr v. Thielen seine Aufgaben als Minister darin gesehen, mit möglichst geringen Kosten möglichst große Gewinne aus den Staatsbahnen herauszuschlagen. Die Bahnhofsperre und die Pfahlfahrt sind die großen Errungenschaften, die ihm das preussische Volk verdankt. Eng verflochten mit der rheinisch-westfälischen Industrie, sowohl durch seine frühere Amtstätigkeit wie auch durch seine Ehe, die er noch als Minister geschlossen hat, ist er stets da zu finden gewesen, wo die Fahnen des Großkapitals flattern.

**Kuhhandel und Politik.** Die „Wasserstraßen-Nachrichten“ verzeichnen eine Erinnerung an die Verhandlungen von 1886 betreffend den Dortmund-Ems-Kanal, der ein Streiflicht auf den damals von konservativer Seite beliebten, im Jahre 1901 aber weit abgewiesenen „Kuhhandel“ wirft: „Als 1886 der Dortmund-Ems-Kanal in der Schwebe war, begaben sich einige Freunde des Kanals aus Westfalen nach Berlin, um bei Abgeordneten aller Parteien ein gutes Wort für den Kanal einzulegen. In dieser Absicht wurde auch der damalige Führer der Konservativen, von Rauchhaupt, in seiner Privatwohnung im Hotel Kaiserhof aufgesucht. Herr von Rauchhaupt empfing die Kanalgegner sehr zuvorkommend, aber mit der Erklärung, daß er persönlich Gegner der Kanäle sei. Es liege dem Konservativen aber sehr daran, im Reichstage die damals geplante Getreidezoll-Erhöhung durchzuführen. Deshalb machte er folgenden Vorschlag: „Wenn Sie, meine Herren, es fertig bringen, daß die „Kleine Erzellenz“ Windthorst mit dem größeren Theile des Zentrums im Reichstage für die Getreidezoll-Erhöhung stimmen, so verpflichte ich mich, mit einem Theile meiner Partei im Abgeordnetenhause für die Kanalvorlage einzutreten.“ Einem der jüngeren Mitglieder der Abordnung wagte darauf die Bemerkung: „Das ist ja der reinste Schacher“: a. Rauchhaupt aber erwiderte kühl: „Nein, das ist Politik.“ — Windthorst stimmte mit seinen Freunden für die Getreidezoll-Erhöfung, und der Kanalgegner von Rauchhaupt hielt Wort und half mit seinen Freunden die Kanalvorlage durchbringen. Eine niedliche Erinnerung!“

**Der „Geschäftskatholizismus“** des bekannten Kaplans Dasbach in Trier, der als Mitglied der Zentrumsparlei im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause sitzt und durch seine Geschäftlichkeit im Weltverdienste schon oft in unliebsamer Weise von sich reden gemacht hat, erregt auch bei Glaubensgenossen des Herrn Dasbach großes Aufsehen. Der Kaplan ist bekanntlich Besitzer von allerhand Präpariermaschinen. Als solcher scheint er sehr wenig von der Konfession anderer Zeitungen erbant zu sein und fordert deshalb in einem Handschreiben an die „Pflanze“, das Trier, 25. Mai 1901 datirt und „Schwundiger Herr Kontrakt“ überschrieben ist, seine Amtsbrüder auf, Ermittlungen über die Abonnenten der ihm unangenehmen Presorganen anzustellen und ihm dieselben mitzutheilen. Die Fragen des Herrn Dasbach beziehen sich auf den „Allgemeinen Anzeiger“, Trier, das „Katholische Sonntagblatt“ von Jakob Klein in Trier, die „Christliche Familie“ in Effen und den „Leo“ in Koblenz. Die „Trierische Zeitung“, die in eine Polemik mit Dasbach verwickelt ist, schreibt über ihn Folgendes:

Wir glauben ihm aus dem Munde, daß es ihm bei der Bekämpfung nicht in erster Linie auf Geld verdienen ankommt. Er will, wie bei jeder übrigen Unternehmung, die Finger in jedem Topf haben, er will Einfluß, Macht, Herrschaft gewinnen, er will in jedem Sinne die Dazero beglücken, das heißt sie regieren und seinen politischen Ehrgeiz befriedigen. Das ist seine Hauptaufgabe von jedem „Schacher“. Für eine obiverte „Bogart“ halten wir allerdings die Bestätigung der Paulusbruderei (Dasbach) mit dem Konfessionsamt nicht, aber das ist allerdings von anderer Seite. Das wir Schmerz über die Erhebung einer Präpariermaschine in Trier empfinden, glaubt ja Herr Dasbach selbst nicht. Uebrigens bekräftigt sich die „Trierische Zeitung“ des Herrn Dasbach nicht auf den „Allgemeinen Anzeiger“. Bei Herrn von Rauchhaupt's Erhebungen Präpariermaschinen haben auch noch: „Katholische Sonntagblatt“ von Jakob Klein in Trier, „Christliche Familie“ (Effen), „Leo“ Koblenz. Nicht weniger als drei von den hier verurteilten Blättern vertreten also die eigene Partei-Listung Dasbach's.

Dasbach ist, wie der „Trier. Klubb“ mittheilt, vom Landgericht in Trier bereits wegen unlästerlichen Schreibens im — Düngegeschäft verurtheilt worden. Vielleicht gehen die Besten anderer katholischer Blätter wegen ihres unchristlichen Schreibens auch noch einmal gegen ihn vor.

**300 Millionen jährlich verbrannt!** In Polen sind seit zwei Tagen eine politische Versammlung

gegen Trunksucht und Hazardspiel statt. Etwa 1000 Personen waren anwesend, unter denen sich zahlreiche Vertreter polnischer Mäßigkeitsvereine in der Provinz Posen und Westpreußen befanden. Erzbischof v. Stablewski überreichte der Versammlung seinen Segen und ein längeres Schreiben, worin er seine Freude über die Bestrebungen ausdrückte und ferner mittheilte, daß er von Papst Leo XIII. ein Breve erhalten habe, welches demnächst von den Käufern veröffentlicht wird. In diesem Breve werden denen besondere kirchliche Gnaden in Aussicht gestellt, die sich an der Bewegung gegen die Trunksucht betheiligen. Nach den verschiedenen Reden vertrieben die preussischen Polen jährlich 40 Millionen Mark, die Polen in den drei Kaiserreichen aber jährlich 300 Millionen Mark. Zuletzt wurden eine Reihe Beschlüsse gegen die Trunksucht und das Hazardspiel angenommen und ein allgemeiner polnischer Mäßigkeitsbund begründet. In diesem Nebel wird weder durch ein päpstliches Breve, noch durch einen bischöflichen Segen, noch durch die läppischen Deklamationen der Mäßigkeitsvereine etwas geändert. Die polnischen Käufer brennen wie die deutschen schlechten Jniel für die Masse und der Gewinn gestattet ihnen, ihre Keller mit feinen Weinen zu füllen. Da hat man dann leicht gegen den „Schnapsstempel“ in den Massen zu deklamieren. Man sollte doch endlich begreifen, daß der Alkoholismus mit seinen Auswüchsen in engstem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen steht. Sozial-Reformen und sozialpolitische Gesetzgebung, aber nicht Mäßigkeitsvereine, wo die oberen Zehntausend, die doch Wein trinken und zwar nicht einmal heimlich, den Armen Wasser predigen!

**Konfistorialrath Dr. Reiche** will sich bei dem „Erkenntnis“, das ihn im „Interesse des Dienstes“ nach Königsberg versetzt, nicht beruhigen. Wenn sich Herr Reiche bewegt, kommt die Sache in letzter Instanz vor das Staatsministerium, dessen Vorsitzender Graf Bülow, der Goethe-Verehrer, ist. Es wäre interessant, die Probe auf das Exempel gemacht zu sehen, wie weit der Ministerpräsident einen preussischen Beamten in seinem Rechte schützen würde, sich für Goethe zu begeistern und diese Begeisterung zu betheiligen. Möglich allerdings, daß es darüber zu einer Kanakrisis käme. Denn die Orthodoxen, die Reiche's unwilligen Umzug betrieben haben, sind einflußreicher, als sich Graf Bülow vielleicht träumen läßt.

**Ueber eine Tragödie in der Kaserne** berichtet man dem „San. Cour.“ aus Hammerstein: Hier wurde ein Soldat des gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz befindlichen 38. Artillerie-Regiments von seinen Kameraden erschlagen. Leider herrscht bekanntlich vielfach die Ansicht unter den Soldaten, daß die sogenannten Kameraden des jüngeren Jahrgangs für irgend ein Verschulden nächsterweil überfallen und mit Schlägen traktiren, trotz der strengen Strafe, die sie bei einer Anzeige, die aber in den meisten Fällen unterbleibt, zu gewärtigen haben. Ein Gefreiter wollte nun in der Nacht zum Dienstag einen anderen Soldaten, der ruhig in seinem Bett schlief, mit einem Leberriemen schlagen; der Ueberfallene sprang auf, ergriff einen zufällig in der Nähe stehenden Spaten und spaltete dem Angreifer den Kopf, so daß der Tod bald darauf eintrat.

**Eine interessante Wahlprüfung** dürfte diejenige über die Wahl in Ottweiler-St. Wendel werden. Nicht nur beschuldigt das Zentrum die „Ordnungsparteien“ der schlimmsten Wahlbeeinflussungen, auch umgekehrt werden Beschwerden gegen das Zentrum und seine Agitationsweise laut. So schreibt die „National. Korresp.“: „Der durchgeführte Zentrumskandidat Fuchs ist ungemein rührig in Protestkundgebungen gegen die Wahl des nationalliberalen Geh. Berggrath Prietze; die Wahrheit seiner Angaben bedarf aber der eingehendsten Untersuchung, wobei sich denn ein selbst für das Zentrum überraschendes und reinliches Bild der unerhörtesten Wahlbeeinflussung durch Gewissenszwang auf die katholischen Wähler durch die Zentrums-Agitation bieten dürfte. So wird uns z. B. von einwandfreier Seite mitgetheilt, den Wählern sei gedroht: Wer nicht für den Zentrumskandidaten Fuchs stimme, käme nicht in den Himmel, würde nicht selig! Einem solchen an Blasphemie grenzenden Agitationsmittel stellt sich würdig die Auserkennung des Zentrumsabgeordneten Sittart an die Seite, welcher in aller Seelenruhe ausführte, ein katholischer Arbeitgeber erblicke in dem Arbeiter das Ebenbild Gottes und behandle den Arbeiter danach, während der nationalliberal gekannte Arbeitgeber in dem Untergebenen lediglich eine Arbeitskraft zu bezühen glaube, die nach Gebühr ausgenutzt werden müsse! — Angesichts der seitens des Herrn Fuchs erhobenen Beschuldigungen werden aber die Anhänger der Kandidatur Prietze's nicht müßig bleiben, alles erforderliche Material zu sammeln und zu sichten, um gegebenen Falles den Behauptungen des Herrn Fuchs mit allem Nachdruck entgegenzutreten zu können.“ — Daß auch das Zentrum den Wählern gewaltig etwas vorgezwinkt hat, daran zweifeln wir nicht. Aber haben die Nationalliberalen das etwa nicht gethan? Von da bis zum terroristischen Wahlschwang ist aber noch ein weiter Schritt.

**Auf zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung!** Berliner Blätter berichten von einem schweren Sabelduell, das am Montag Nachmittag in Berlin in den Verzinsräumen einer dortigen Barschenschaft ausgefochten worden sein soll. Das Duell sei auf die Zeitungs-Polemik über die Thätigkeit des Generals v. Liebert als Gouverneur von Ostpreußen und die sich daran knüpfende Debatte über Kolonialpolitik zurückzuführen. Schließlich habe der eine Publizist mehreren seiner politischen Gegner Forderungen gestellt, deren erste, die auf trumme Sabel lautete, jetzt erfüllt worden sei. Der Fordernde habe einen jenseitigen Hieb quer über die linke Wange und einen zweiten Schlag vom linken Auge zum Mundwinkel erhalten, während sein Gegner mit unwesentlichen Klagen hieben davon gekommen sei. Mit dieser schweren Menzur soll aber das Ende noch nicht erreicht sein, vielmehr scheine ein weiterer Zweikampf zwischen dem Betroffenen und einem anderen politischen Gegner unvermeidlich zu sein. Ein Leipziger Professor und Abgeordneter (Häufig), dem ebenfalls eine Forderung zugeht, habe sie unter Berufung auf seine parlamentarische Immunität und auf seine prinzipielle Gegnerschaft gegen das Duell abgelehnt. Ueber einen anderen Publizisten, der eine ihm zugehende Forderung ablehnte, sei der Barschenschaftsvertrag verhängt worden.

**Schnüffelei nach Sozialisten in der Kaserne** Daß noch immer über junge Leute, die zum Militär gezogen werden, Erkundigungen stattfinden, ob die betreffenden Sozialdemokraten sind, dafür liefert Beweis ein Brief, den der Vater eines in Karlsruhe arbeitenden Schriftsetzers diesem vor ein paar Tagen schrieb. In dem Briefe steht u. A.:

„Dabei muß ich Dir noch mittheilen, daß sich die hiesige Polizei (der Vater wohnt in Kottweil) nach Dir kauft hat, und zwar auf Betreiben des Amtsgenerals (soll wohl heißen Bezirksamt. D. R.) ob Du ein Sozialdemokrat seist und ob Du eine Führerrolle einnimmst und sonst noch Verschiedenes. Ich möchte nun auf Ehre und Gewissen fragen, was ist denn mit Dir? Bist Du wirklich ein so eingestellter Sozialist, daß sich das Karlsruhe' Amtsgeschäft veranlaßt, sich auch noch hier nach Dir zu erkundigen? Denn Du auf der Sozialisten reihst, wirst Du nicht leugnen können. Deshalb erlaube ich Dir, umgehend zu schreiben, wie es aussieht. Kommt kein Brief, der mich besriedigt, dann kann was Anderes, ich will Gewißheit haben.“

Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, in wie Auftrag und aus welchen Gründen dieses geheimen Befahren gegen junge Leute wegen ihrer vermeintlichen oder wirklichen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie eingeleitet wurde.

**Der Verein für Sozialpolitik** hält seine diesjährige Generalversammlung in den Tagen vom 23. bis 25. September in München ab. Die Versammlung beansprucht in diesem Jahre vermöge ihrer hochaktuellen Tagesordnung ein ungewöhnliches Interesse. Zur Verhandlung gelangen nämlich die Wohnungsfrage und die Wirkung der gegenwärtigen und die Ziele der künftigen Handelspolitik. Zu Referenten die Wohnungsfrage sind die bekannten Nationalökonom Prof. Fuchs in Freiburg und v. Hippel in Wien bestellt, sowie Landesrath Brandts-Düffel, der über Thätigkeit des in dem Wohnungsrelax der preussischen Minister als Muster hingestellten rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswezens berichten wird. Ueber die Handelspolitik werden die Professoren Vogt-Münch, Poppe-Frankfurt und Schumacher, der Studiendirektor der neuen Handelshochschule in Köln, referiren. Der Debatte über die Handelspolitik werden zwei Tage gewidmet werden.

**Konkursstatistik.** Nach der vorläufigen Mittheilung des Kaiserlich Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangt im ersten Vierteljahr 1901 im Deutschen Reich 2663 neue Konkurse zur Zahlung, gegen 2266 im ersten Vierteljahr 1900. Es wurden 281 Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens deckenden Massebetrages abgewiesen und 2382 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte der Gemein-schuldner in 1524 Fällen ausschließlich die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im 1. Vierteljahr 1901 1604 (1. Vierteljahr 1899: 1392) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußvertheilung 1105, durch Zwangsvergleich 346, infolge allgemeiner Einwilligung 44 und wegen Masse-mangels 111. In 562 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerausfluß festst.

Von den 2663 neuen und den 1603 beendeten Konkursverfahren betrafen:

Physische Personen	2151	1354
Nachlässe	360	169
Handelsgesellschaften	112	63
Genossenschaften	6	1
andere Gemeinschaften	34	17

**Kleine politische Nachrichten.** Zur Wahl in Ottweiler-St. Wendel wird der „Rhein. Westf. Ztg.“ mitgetheilt, daß Pastoren und Kapläne am Wahltag vielfach mit photographischen Apparaten ausgerüstet einherzogen, um photographische Aufnahmen von Wahlvorgängen, die mit einer Beeinflussung der Wähler in Beziehung stehen könnten, zu machen. — Zu den Mittheilungen über das Verfahren gegen den in Gumbinnen freigesprochenen Sergeanten Fickel bemerkt die „Köln. Ztg.“: „Nicht nur in bürgerlichen und juristischen Kreisen auch in hohen militärischen Kreisen betrachtet man die Freisprechung als den nach Lage der Dinge einzig möglichen Ausgang, und war daher über die Einlegung der Berufung nicht wenig erkrankt.“ — Dementirt wird vom sächsischen Ministerium des Innern die Nachricht, die sächsische Regierung habe eine neue Untersuchung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken beim Bundesrat beantragt. Auch die Nachricht bürgerlicher Blätter, die in ungenügender Weise übergegangen ist, daß ein Kontraktbruch-Gesetz gegen die Landarbeiter dem Altenburger Landtag zugegangen sei, scheint auf Irrthum zu beruhen; wenigstens ist der Landtag zur Zeit gerichtlich veranlagt. Ob ein solches Gesetz beabsichtigt wird, ist jedoch eine andere Frage. — Bei zwei Batterien des in Leipzig in Garnison liegenden Artillerieregiments Nr. 7 sind typhusartige Erkrankungen ausgebrochen. — Die zweite württembergische Kammer nahm Mittwoch nach längerer Debatte mit 58 gegen 13 Stimmen den Antrag Gröber und Gen. an, dahin gehend, die Regierung möge mit der Errichtung von Landwirtschaftskammern vorgehen. Bisher war der Antrag Bantzen und Gen., der Regierung die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für ganz Württemberg zur Erwägung zu empfehlen, mit 39 gegen 22 Stimmen abgelehnt worden. — In der dermatologischen Abtheilung des Allgemeinen Krankenhauses in Lemberz kürzten sich 30 Patientinnen auf die dienfthabenden barmherzigen Schwestern, sobald ein förmliches Handgemenge entstand; die telephonisch herbeigerufene Polizei stellte die Ruhe wieder her. Patientinnen wurden in politischer Gewahrsam gebracht. — Während der Abgeordnetensitzung in Budapest war Mittwoch ein entlassener Kesselheizer, Namens Kemet, einen Bogen Papier von der Gallerie in den Sitzungssaal und erklärte, er wolle die Aufmerksamkeit auf die Rathlage seiner zahlreichen Familie lenken. Er wurde zur Polizei geschafft. — Der Jar hat die Geburt eines Tochter am Dienstag zu einer Milderung der wegen der Studentenurtheile verhängten Strafen benutzt. Nach dem amtlichen „Petersons. Regierungsbote“ hat der Jar verfügt: 1. Von den Studenten, welche von den Universitäten wegen ihrer Theilnahme an den Unruhen relegirt wurden und zur Strafe Militärdienste leisten, werden diejenigen, welche vermöge ihres Familienranges sich im Besitze von Privilegien erster Klasse befinden oder welche körperliche Gebrechen haben, die sie untauglich zum Militärdienst machen, von jetzt ab vom Militärdienst befreit. 2. Alle anderen Studenten, welche zur Strafe Militärdienste leisten, werden in ihre Rechte bezüglich des Militärdienstes eingeleitet, gleichwie welche Zeit für ihren Dienst im Heere angelegt ist. 3. Unter Aufhebung des geltenden Gesetzes wird allen Studenten, welche jetzt zur Strafe Militärdienste leisten, die Dienstzeit von dem ersten Tage des auf ihren Eintritt in das Heer folgenden Monats an gerechnet. — Die serbischen Stipendiaten in Wien sind am 4. August neuen Stils fort. — In Frankfurt hat der Senat die ersten 12 Artikel des Vereinsgesetzes angenommen. — Der Generalrath des Seine-Departement's

sprach in einer Resolution den Wunsch nach vollständiger Amnestie für die verurtheilten Ausländer und die vom Staatsgerichtshof Verurtheilten aus mit Ausnahme der Verurtheilungen wegen Hochverrats. — Das englische Unterhaus nahm am Dienstag die dritte Lesung der Vorlage betreffend die Zivilliste des Königs mit 370 gegen 60 Stimmen an.

#### Dänemark.

**Eine Episode aus dem Klassenkampf.** Ein Aufsehen erregender Prozeß zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft Odenses und den Spitzen der dortigen bürgerlichen Gesellschaft gelangte dieser Tage vor dem höchsten Gericht in Kopenhagen zum Abschluß. Die Sozialdemokraten von Odense hatten von dem Grundbesitzer Jespersen einen Wald, den sogenannten „Näsbyhoved-Wald“ gekauft, um daraus einen Volkspark zur Abhaltung von Festen und großen Versammlungen zu machen. Die Kaufsumme wurde auf 58 000 Kronen festgesetzt. Als der Abschluß des Geschäfts in der Stadt bekannt wurde, entstand eine große Bewegung in der konservativen Gesellschaft, die um keinen Preis wollte, daß der schöne Wald in den Besitz der Arbeiter übergehen sollte und bald wurden der von untern Genossen gegründeten „Aktiengesellschaft Näsbyhoved Skov“ alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Jespersen weigerte sich schließlich, den Kaufvertrag zu unterzeichnen, die sofort zu zahlende Summe von 20 000 Kr. anzunehmen und verkaufte dann den Wald nochmals und zwar an einen Restaurateur, der aber nur die vorgeschobene Person der konservativen Staatsretter war. Nachdem die Sache durch mehrere Instanzen gegangen war, erklärte das höchste Gericht nun den letzteren Verkauf zwar ungesetzlich, legte aber dem Beklagten nicht die Verpflichtung auf, das Kaufobjekt an den ersten Käufer zurückzuliefern, doch verurtheilte es Jespersen, an die Aktiengesellschaft 12 000 Kronen als Ersatz für die durch die Annullierung des Verkaufs erwachsenen Verluste und dazu die Prozeßkosten in der Höhe von 500 Kronen zu zahlen.

#### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Die unter dem Befehl Krühingers stehenden Burenkommandos wurden am 17. Juni bei Tarkastad von der Truppe des Obersten Monroe angegriffen, die aber zurückgezogen wurde, nachdem sie unbedeutende Verluste erlitten hatte. (Das sieht fast aus, als hätten auch hier die englischen Truppen schlecht abgeköpft! Red.) Steijn und Dewet versuchten in den letzten Tagen vergeblich, die Linie Standerton-Heidelberg zu überschreiten. — Laut amtlicher Bekanntmachung ist im Distrikt Greytown die Rinderpest ausgebrochen. Der Distrikt ist daher als verseucht erklärt worden. — Umlisch wird, so wird aus Kapstadt gemeldet, bekannt gemacht, daß Ersahansprüche wegen der nach dem 31. März 1901 erfolgten Requisitionen und Eigentumserschädigungen durch englische Truppen bis zum 31. Juli 1901 bei dem für den Wohnort des Reklamanten zuständigen Distriktskommandanten unter Einreichung der Empfangsbescheinigungen und sonstigen Beweismaterials zu machen sind.

Von dem englischen General French hat man schon lange nichts mehr gehört. Jetzt wird der „Rhein. Weisf.“ vom 29. Mai aus Kapstadt in Bestätigung früherer Andeutungen geschrieben: Wir wissen positiv aus dem Munde der Frau Louis Botha, die vorige Woche mit dem Dampfer „Dunbegon Castle“ von hier fortging, daß General French zweimal gefangen war, ehrenvoll brüchig wurde und erschossen werden sollte, worauf Kitcheners intervenierte (Botha hatte ihm den Kriegsgerichtsbeschuß mitgeteilt) und French gegen 1000 in Simonstown u. gefangene Buren ausgeliefert wurde und nach Hause gehen muß. — Inwiefern diese Urgebaben der Wahrheit entsprechen, wird sich vorläufig schwer feststellen lassen.

#### China.

**Vom Chinawirtswarr.** In einer Zusammenkunft der fremden Gesandten, die Dienstag stattfand, wurde, nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“, das chinesische Ersuchen berathen, daß 3000 chinesischen Soldaten erlaubt werden solle, in Peking einzurücken. Es wurde beschlossen, daß es nicht rathlich sei, hierauf einzugehen, bis — gegen Ende August — alle fremden Truppen mit Ausnahme der Schutzwachen für die Gesandtschaften Peking verlassen hätten. Desgleichen haben die Gesandten beschlossen, daß die fremden Truppen die verbotene Stadt so lange bewachen sollen, bis die chinesischen Truppen in Peking eintreffen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. Juni.

#### Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort. Sorge Jeder für Fernhaltung des Zuzuges!

**Waterstädtischer Verein contra Bürgerrechtsverein.** In den „Lüb. Anz.“ antwortet der Waterstädtische Verein, indem er sich hinter „mehrere Bürger, denen das Wohl der Waterstadt am Herzen liegt“, verkriecht, auf die Angriffe, die sich die Bürgerrechtler in ihrem Flugblatt auf die Waterstädtischen geleistet haben. Da wir uns in der Rolle des lachenden Dritten befinden, so wollen wir die Antwort, die mehrfach Lichtblicke auf das Verhältnis der jetzt feindlichen Brüder wirft, im Auszuge wiedergeben, schon darum, damit das Dokument nicht im Ammoncentheil der „Lüb. Anz.“ versauert und der Nachwelt vielleicht ganz unbekannt bleibt. Der Vorstand des Bürgerrechtsvereins bringt — also lassen sich die Waterstädtischen Bürger vernehmen — „einen Wahlaufruf an die Öffentlichkeit, in der er in seinem ersten Theile aufs Heftigste den Waterstädtischen Verein angreift, nachdem ihm dieser die von ihm gewünschten Kandidaten im Jakob-Quartier mit in die Bürgerschaft gewählt hat. Mit Recht kann man sagen: „Das ist der Dank des Hauses Sabzburg.“ Es wird dem Waterstädtischen Verein vorgeworfen, daß er sein Wort nicht gehalten habe, dabei ist, unter Zurücksetzung aller eigenen Interessen, Alles geschehen, um nach vernünftigen Grundsätzen einer Zersplitterung vorzubeugen. Wenn von einer Zersplitterung hervorgerufen ist, so ist das nur vom Bürgerrechtsverein geschehen, denn leitende Männer dieses Vereins sind in den Quartier-Versammlungen des Waterstädtischen Ver-

eins anwesend gewesen und wären in der Lage gewesen, ihre Wünsche vorzutragen und, so weit sie natürlich in den Grenzen der Vernunft lagen, durchzusetzen. Die Mitglieder des Waterstädtischen Vereins sind nur zum ganz kleinen Theil mit dem Vorgehen des Zweig-Komitees des Jakob-Quartiers einverstanden gewesen und dieses hat schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, um die seitens des Bürgerrechtsvereins entgegengebrachten Wünsche zu erfüllen und eine große Zahl ist noch heute der Meinung, daß der Waterstädtische Verein die wenigen Stimmen des Bürgerrechtsvereins keineswegs gebraucht hätte.

Ohne den Waterstädtischen Verein wäre doch nie und nimmer ein Kandidat des Bürgerrechtsvereins in die Bürgerschaft gewählt. Statt aber jetzt zufrieden zu sein, muß der Vorstand dem Drängen seiner radikalen Mitglieder nachgeben und versuchen, dem Waterstädtischen Verein noch etwas aus Jeng zu stücken. Denn daß der Vorstand des genannten Vereins irgend einen nennenswerthen Erfolg von seinem Flugblatt erhofft, glaubt er nach Lage der Sache selber nicht. Ein recht eigentümliches Licht wirft es endlich auf den Bürgerrechtsverein, daß er doch wohl nicht ohne Absicht in seine Kandidatenlisten eine Reihe von Namen aufgenommen hat, die bei den vertraulichen Besprechungen des Waterstädtischen Vereins für die diesjährige Wahl haben zurückgestellt werden müssen. Dem ersichtlichen Streben des Waterstädtischen Vereins, des Zusammenfassens aller Wünsche, arbeitet der Bürgerrechtsverein bewußt entgegen und er und kein anderer ist es darum, der Zersplitterung in die bürgerlichen Reihen trägt. — Man kann es den Waterstädtischen wohl nicht verdenken, wenn sie dem Bürgerrechtsverein die Thatfache zu Gemüthe führen, daß er doch eigentlich nur durch Gnade und Barmherzigkeit des Waterstädtischen Vereins im Lübschen Parlament vertreten ist. Indessen bleibt doch bestehen, daß schließlich beide Vereine in diesem Streite eine wenig rühmliche Rolle spielen. Am unrühmlichsten benimmt sich zweifellos der Bürgerrechtsverein, der heute eine donnernde Philippika gegen den Waterstädtischen Verein losläßt, um Morgen Arm in Arm mit dem Waterstädtischen die Sozialdemokratie in die Schranken zu fordern. Nur Leute von der politischen Grundlosigkeit und Unwissenheit eine Heiße und Dohberstein bringen es auch fertig, heute gegen Ständewahlen zu wäthen und Morgen sich selbst an diesen Ständewahlen zu betheiligen. Wie soll es da möglich sein, solche Leute überhaupt noch ernst zu nehmen?

**In dem Pronunciamento des Waterstädtischen Vereins gegen die Bürgerrechtsvereiner sucht sich der erstere auch von dem Vorwurfe der Begünstigung der Ständewahlen zu reinigen.** Es heißt da: „Fast jeder Mensch in Lübeck weiß es, daß der Waterstädtische Verein lediglich eine gewisse Eintheilung bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten zur Abfözung des Wahlerfahrens beabsichtigt, daß er aber keinesfalls knechtisch sich an eine Ständewahl bindet. Würde nicht gesorgt, daß der Handwerker, der Gelehrte, der Kaufmann, der Beamte in der Bürgerschaft seine Vertretung durch die Besten aus seinen Reihen fände, so würde in den Kreisen der Bevölkerung sicher bald eine allgemeine Unzufriedenheit verherrschen. Gerade hierdurch ist dem Claqueurwesen ein starker Niegel vorgezogen.“ — Wenn der Waterstädtische Verein wirklich so sehr darauf bedacht ist, daß jeder Stand in der Bürgerschaft vertreten ist, warum hat er es dann bisher stets unterlassen, jemals auch nur einen einzigen Vertreter des arbeitenden Volkes, das doch die Mehrheit der Bevölkerung bildet, auf seine Listen zu nehmen? U. U. w. g.

**An die Bevölkerung Lübeck's!** Morgen, Freitag Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr findet im Vereins Hause eine öffentliche Volks-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Der Streik der Kohlenarbeiter und die Situation am Hafen. Es handelt sich bei dieser Versammlung um eine Sympathie-Bezeugung für die Streikenden; es gilt, den Kohlenbaronen zu beweisen, daß die Lübecker Bevölkerung hinter den Streikenden steht. Darum darf Keiner fehlen!

**Zum Streik der Kohlenarbeiter.** Nachdem die Kohlenarbeiter mit ihrem von Tag zu Tag immer mehr zusammen schrumpfenden Häuflein Arbeitswilliger und den Schiffsalenten nicht in der Lage sind, die Arbeit zu bewältigen, versuchen sie, die Arbeiter der Kohlen empfangenden Fabriken u. zur Verrichtung von Streikbrecherarbeit zu veranlassen. So soll den Arbeitern der Koch'schen Schiffswerft seitens ihrer Vorgesetzten aufgegeben worden sein, einen für die gen. Werft angekommenen Kohlendampfer zu löschen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß sich jeder organisierte Arbeiter in solchem Falle entschieden weigert, den Streikenden durch Verrichtung von Kohlenarbeit in den Rücken zu fallen. Werde Keiner zum Verräther an seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern. Hoch die Solidarität!

**Der Bürgerausschuß** erteilte in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst dem Senatsantrage auf Nachberilligung von 3043,10 Mark für das Werk- und Zuchtthaus die beantragte Mitgenehmigung. Sodann berieth der Bürgerausschuß über den Entwurf einer Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte sowie für Travemünde. Bei § 11 wurden die Verhandlungen vertagt, nachdem die vorhergehenden Paragraphen zum Theil mit geringfügigen Änderungen angenommen waren.

**Blinder Lärm.** Mittwoch Nachmittag gegen 5<sup>1/2</sup> Uhr wurde die Feuerwehrr infolge unvorsichtiger Verührung des Feuermelders seitens eines Dienstmädchens nach der Dorfstraße zum Mühlenthor hinaus alarmirt. Beim Eintreffen derselben stellte sich heraus, daß es sich nur um blinden Lärm handelte.

**Das Reichsversicherungsamt** hat jüngst in einer Unfallsache, in der aus dem späteren Selbstmord des Verletzten Entschädigungsansprüche hergeleitet wurden, die Hinterbliebenen mit folgender Begründung abgewiesen: „Es ist weder aus der Art der Verletzung, noch aus der gewählten Todesart der Schluß zu ziehen, daß

eine geistige Unmacht vorgelegen hat. Selbst wenn die Folgen des Unfalls den Beweggrund für den Selbstmord gebildet haben, fehlt es an bestimmten Anhaltspunkten für die Annahme, daß die Ausführung der That im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit, also nicht mit eigener freier Willensbestimmung erfolgt ist. Dann liegt aber die Annahme viel näher, daß der Selbstmord auf den Mangel bestimmter geistiger und moralischer Eigenschaften, wie Ständhaftigkeit und Selbstüberwindung, zurückzuführen sei.“ Sehr treffend bemerkt sogar das zahllose „B. T.“ dazu: „Es wird nicht wenig Leute im Reiche geben, die diese Entscheidung als pedantische Geheimrathsweisheit ansehen werden. Ob der Betreffende nun in einem unmittelbar durch den vorausgegangenen Unfall hervorgerufenen Zustand geistiger Störung seinem Leben ein Ziel gesetzt hat, oder ob er das bei klarem Bewußtsein gethan hat, weil ihm das Leben infolge des Unfalls eine Qual war, — das bleibt sich doch wohl gleich. Jedenfalls ist sein freiwilliger Tod eine Folge des Unfalls, und gerade eine Behörde wie das Reichsversicherungsamt sollte sich — trotz des Präzedenzfalls, der durch seine Entscheidung geschaffen wird — nicht auf den Standpunkt stellen, den heute kaum noch eine halbwegs kultante Lebensversicherungs-gesellschaft einnehmen würde. „Ständhaftigkeit und Selbstüberwindung“ sind an sich recht anerkennenswerthe Tugenden; sie zu betheiligen, ist aber Niemand einer Behörde gegenüber verpflichtet, und auf den Mangel solcher Eigenschaften eine Ablehnung der Entschädigungspflicht gründen zu wollen, ist kaum gerechtfertigt.

**Vom Hafen.** In der verfloffenen Woche kamen auf dem Kanälewege 41 Dampfer und 17 Segler nach hier; auf dem Kanalwege gefangen 32 Fahrzeuge hierher.

**Der jugendliche Brandstifter,** welcher das im Februar ds. Js. im Rettungshaus auf dem dritten Fischerbuden zum Ausbruch gekommenen Feuer angelegt hat, ist in einer Besserungsanstalt bei Sektin ermittelt und dem hiesigen Gefängniß zugeführt worden.

**Das gestrige Waisenkinderfest** hatte sich in Anbetracht des herrlichen Wetters einer außerordentlich zahlreichen Theilnahme zu erfreuen. Der Zeitplatz, sowie Hanshahn's Konzerthaus und die umliegenden Wirtschaften waren bis auf den letzten Platz besetzt.

**Wegen Diebstahls** stand am Mittwoch der Lohgerbergehülfe W. Sch. aus Malchow vor der hiesigen Strafkammer. Mit Hilfe eines falschen Schlüssels drang der Angeklagte am 12. Mai ds. Js. in das Wohnzimmer seines Logiswirthes ein und entwendete demselben aus dem verschlossenen Sekretär 40 Mark. Wegen dieses Diebstahls erkannte das Gericht auf 9 Monate Gefängniß.

**Keine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den Regierungsbauführer E. E. M. Mittelstädt zum Oberlehrer an der Baugewerkschule ernannt.

## An unsere Postabonnenten!

Um die erfahrungsgemäß beim Quartalswechsel eintretenden Störungen im Bezug zu vermeiden, bitten wir unsere verehrl. Postabonnenten, schon jetzt ihre Bestellungen pro 3. Quartal resp. Monat Juli 1901 bei der betreffenden Postanstalt aufzugeben.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Flensburger Polizeiverwaltung verbietet die Genehmigung eines Festzuges anlässlich des im August ds. Js. stattfindenden Gewerkschaftsfestes ohne Angabe von Gründen. — Der Kleinpauerstreik in Harburg ist am Dienstag infolge Einigungsverhandlungen beigelegt worden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Dienstag in Rostock infolge einer Denunziation ein Arbeiter verhaftet, der beim Betreten des Hauses der Ehrenspforte eine unehrerbietige Bemerkung über den noch jugendlichen Großherzog gemacht haben soll. — In Pögeez bei Rügenburg fiel ein 5-jähriges Kind hinterwärts in einen Kessel mit kochender Milch und erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Ein Zimmergeselle stürzte bei einem Neubau in Hamburg zwei Stockwerke in die Tiefe; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Infolge der schlechten Geschäftslage geriebt in Hamburg eine der bedeutendsten Kaplata-Firmen in Zahlungsföschung; die Verbindlichkeiten werden auf 3 bis 4 Millionen Mark geschätzt. — In Lesum verstarb infolge Genußes giftiger Pflanzen ein 5-jähriges Kind. — Der norwegische Dampfer „Keppler“ ist mit seiner Besatzung von 13 Mann in der Nordsee untergegangen.

**Hamburg.** Wohnungsnoth. Anlässlich der Sanirung der Altstadt und des dadurch hervorgerufenen Mangels an kleinen Wohnungen hat die Wohnungsnoth ganz erschreckliche Dimensionen angenommen. Da namentlich mit dem Abbruch der Häuser begonnen wird, müssen letztere geräumt werden. Circa 87 Familien mit 250 Kindern sind noch nicht im Besitz einer Wohnung; viele dieser Leute haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, Wohnungen zu erhalten, aber vergebens. Wo noch kleinere leerstehende Wohnungen vorhanden waren, wurden sie von den übermüthigen Hausbesitzern wegen ihrer großen Kinderzahl zurückgewiesen. Es ist in hiesiger Trachtens Pflicht des Staates, hier helfend einzugreifen.

**Altona.** Eine militärische Extrastrafe. Einer der obersten Grundstücke im Strafrecht ist das „Ne bis in idem“, nach dem Niemand zwei Mal wegen derselben That bestraft werden soll. Das Militärstrafrecht, das so viel Wunderlichkeiten birgt, enthält auch eine Ausnahmebestimmung von diesem Fundamentalsatz. Nach § 42 des Militärstrafgesetzbuchs kann nämlich auch gegen Militärpersonen des Beurlaubensstandes, die von bürgerlichen Gerichten wegen Thaten im bürgerlichen Leben zu Freiheitsstrafen von über 1 Jahr verurtheilt sind, in einem besonderen militärgerichtlichen Verfahren nochmals verhandelt und gegen sie auch noch auf Degradation oder Ausstößung aus dem Heere erkannt werden. Diese Bestimmung wurde in der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der XVIII. Division auf einen Baumaterialienhändler R. aus Kiel angewandt. Der selbe ist vom Landgericht in Kiel wegen Wechselstößung und Betruges zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. Dienstag sag

Minister maßgebenden Agrarier sind gerade diejenigen, die am Kleinlichen haften und ihren Blick nicht über den eigenen Zaun und Krautacker auf das Weite und Große zu richten vermögen. Die Organe der Rechten, wie „Kreuztg.“, „Deutsche Tageszt.“ und die antijemittische „Staatsbürger-Ztg.“, druckten am Mittwoch Abend die Rede des Kaisers ab ohne jede Bemerkung, nach der „Freis. Ztg.“ ein Beweis, daß sie noch nicht die Formel gefunden zur Beurteilung des in dieser Rede vom Kaiser vertretenen volkswirtschaftlichen Standpunkts, der in direktem Gegensatz steht zu agrarischen Anschauungen. Die „Germania“ bemerkt: „Die geschichtliche Auffassung des Kaisers, daß die alte Hanse lediglich deshalb habe aufhören müssen, weil die belebende und beschützende Kraft des Kaiserthums fehlte, ist irrtümlich. An dem Niedergang und schließlichem Untergang der alten Hanse haben eine Reihe von Faktoren mitgewirkt, besonders aber gab der unselige 30jährige Krieg, der überhaupt die Blüthe des deutschen Städtewesens vernichtete, der alten Hanse den Todesstoß.“

**Neun Jahre Minister!** Neun Jahre lang vom Lufanus nicht heimgekehrt! Das ist in der That ein Jubiläum, das zu feiern sich lohnt. Herr v. Thielen ist es, dem dieses Glück beschieden ist, der am 20. Juni 1891 als Nachfolger Maybachs das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernahm. Unter fünf Ministerpräsidenten hat er seines Amtes gewaltet, und wie viel Kollegen hat er kommen und gehen sehen. Als vor einigen Wochen drei von ihnen, darunter Miquel, der Vielgewandte, stürzten, da glaubte auch Herr v. Thielen, sein Stündchen habe geschlagen, aber an ihm, der beim perlenden Glase das Wort gefunden hatte: Gebaut wird er doch! ging der Kelch vorüber. Er sitzt fest wieder im Sattel, fester als je, das Dukatenmännchen des preussischen Staates. Jeder großen Reform abhold, hat Herr v. Thielen seine Aufgaben als Minister darin gesehen, mit möglichst geringen Kosten möglichst große Gewinne aus den Staatsbahnen herauszuschlagen. Die Bahnhofsperre und die Platzkarte sind die großen Ertragsmaschinen, die ihm das preussische Volk verdankt. Eng verflochten mit der rheinisch-westfälischen Industrie, sowohl durch seine frühere Amtstätigkeit wie auch durch seine Heirat, die er noch als Minister geschlossen hat, ist er stets da zu finden gewesen, wo die Fahnen des Großkapitals plattern.

**Kuhhandel und Politik.** Die „Wassertrahen-Nachrichten“ verzeichnen eine Erinnerung an die Verhandlungen von 1886 betreffend den Dortmund-Ems-Kanal, der ein Streiflicht auf den damals von konservativer Seite beherrschten, im Jahre 1901 aber weit abgewiesenen „Kuhhandel“ wirft: „Als 1886 der Dortmund-Ems-Kanal in der Schwebe war, begaben sich einige Freunde des Kanals aus Westfalen nach Berlin, um bei Abgeordneten aller Parteien ein gutes Wort für den Kanal einzulegen. In dieser Absicht wurde auch der damalige Führer der Konservativen, von Raachhaupt, in seiner Privatwohnung im Hotel Kaiserhof aufgesucht. Herr von Raachhaupt empfing die Kanal Freunde sehr zuvorkommend, aber mit der Erklärung, daß er persönlich Gegner der Kanäle sei. Es liege den Konservativen aber sehr daran, im Reichstage die damals geplante Getreidezölle-Erhöhung durchzuführen. Deshalb machte er folgenden Vorschlag: „Wenn Sie, meine Herren, es fertig bringen, daß die „kleine Erziehung“ Wählern mit dem größeren Theile des Zentrums im Reichstage für die Getreidezölle stimmt, so verpflanze ich mich, mit einem Theile meiner Partei in Abgeordnetenwahl für die Kanalvorlage einzutreten.“ Einer der jüngeren Mitglieder der Abordnung wagte darauf die Bemerkung: „Das ist ja der reinste Schacher“: v. Raachhaupt aber erwiderte kühl: „Nein, das ist Politik.“ — Wählern stimmte mit seinen Freunden für die Getreidezölle, und der Kanalgegner von Raachhaupt hielt Wort und half mit seinen Freunden die Kanalvorlage durchbringen. Eine niedliche Erinnerung!

**Der „Geisteswissenschaftler“ des bekannten Kaplans Dasbach in Trier,** der als Mitglied der Zentrumspartei im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus sitzt und durch seine Geschäftlichkeit im Geldverdienen schon oft in unliebsamer Weise von sich reden gemacht hat, erregt auch bei Glaubensgenossen des Herrn Dasbach großes Aufsehen. Der Kaplan ist bekanntlich Besitzer von allerhand Präparaten. Als solcher scheint er sehr wenig von der Konkurrenz anderer Zeitungen erbaut zu sein und fordert deshalb in einem Rundschreiben an die Priester, das Trier, 25. Mai 1901 datirt und „Hochwürdigem Herrn Konrater“ überschrieben ist, seine Amtsbrüder auf Ermittlungen über die Abhandlungen der ihm unbenommenen Präparaten anzusetzen und ihm dieselben mitzutheilen. Die Fragen des Herrn Dasbach beziehen sich auf den „Allgemeinen Anzeiger“, Trier, das „Katholische Sonntagblatt“ von Jakob Klein in Trier, die „Christliche Familie“ in Ehen und den „Leo“ in Koblenz. Die „Christliche Familie“, die in eine Polemik mit Dasbach verwickelt ist, schreibt über ihn folgendes:

Wir glauben ihm auch Wort, daß es ihm bei der Vertheilung nicht in erster Linie auf Gewinn abgesehen ist. Er will, wie bei seinen übrigen Unternehmungen, die Finger in jeden Topf haben, er will Einfluß, Macht, Herrschaft gewinnen, er will in keinem Sinne die Bannern „beglücken“, das heißt sie regieren und seinen politischen Sprüngen nachgehen lassen. Das ist seine Aufgabe von hiesigen „Zeitungen“ für eine christliche „Kaplan“ halten wir allerdings die Bekämpfung der Katholischen Druckerei (Dietrich) mit dem Zentrum nicht, aber das ist allerdings von anderer Seite. Das wir es schwer über die Erziehung der Zentrumspartei in Trier ersehen, glaubt ja Herr Dasbach selbst nicht. Uebrigens behauptet sich die „Christliche Familie“ des Herrn Dasbach nicht auf dem „Allgemeinen Anzeiger“. Auf Seite des Herrn Konrater überhört man überhört man die Fragen des Herrn Dasbach: „Katholische Sonntagblatt“ von Jakob Klein in Trier, „Christliche Familie“ (Ehen), „Leo“ Koblenz. Nicht weniger als drei von den vier vorerwähnten Blättern vertreten also die eigene Partei-richtung Dasbachs.“

Dasbach ist, wie der „Trier. Anzeiger“ mittheilt, vom Landgericht in Trier verurtheilt wegen unzüchtigen Wettbewerbs im — Düngegeschäft verurtheilt worden. Verurtheilt gehen die Verleger anderer katholischer Blätter wegen jenseitigen Wettbewerbs auch noch einmal gegen ihn vor.

**300 Millionen jährlich verzinnt!** In Polen sind seit dem Tage der preussischen Verfassung

gegen Trunksucht und Hazardspiel statt. Etwa 1000 Personen waren anwesend, unter denen sich zahlreiche Vertreter polnischer Mäßigkeitsvereine in den Provinzen Posen und Westpreußen befanden. Erzbischof v. Stalowski überreichte der Versammlung seinen Segen und ein längeres Schreiben, worin er seine Freude über die Bestrebungen ausdrückte und ferner mittheilte, daß er von Papst Leo XIII. ein Breve erhalten habe, welches demnachst von den Kanzeln verkündigt wird. In diesem Breve werden denen besondere kirchliche Gnaden in Aussicht gestellt, die sich an der Bewegung gegen die Trunksucht betheiligen. Nach den verschiedenen Rednern vertrieben die preussischen Polen jährlich 40 Millionen Mark, die Polen in den drei Kaiserreichen aber jährlich 300 Millionen Mark. Zuletzt wurden eine Reihe Beschlüsse gegen die Trunksucht und das Hazardspiel angenommen und ein allgemeiner polnischer Mäßigkeitsbund begründet. In diesem Nebel wird weder durch ein päpstliches Breve, noch durch einen bischöflichen Segen, noch durch die läppischen Deklamationen der Mäßigkeitsvereine etwas geändert. Die polnischen Junker brennen wie die deutschen schlechten Jüdel für die Masse und der Gewinn gestattet ihnen, ihre Keller mit feinen Weinen zu specken. Da hat man dann leicht gegen den „Schnapsentel“ in den Massen zu deklamieren. Man sollte doch endlich begreifen, daß der Alkoholisismus mit seinen Auswüchsen in engstem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen steht. Sozial-Reformen und sozialpolitische Gesetzgebung, aber nicht Mäßigkeitsvereine, wo die oberen Zehntausend, die doch Wein trinken und zwar nicht einmal heimlich, den Armen Wasser predigen!

**Konfistorialrath Dr. Reide** will sich bei dem „Erkenntnis“, das ihn im „Interesse des Dienstes“ nach Königsberg versetzt, nicht beruhigen. Wenn sich Herr Reide beschwert, kommt die Sache in letzter Instanz vor das Staatsministerium, dessen Vorsitzender Graf Bülow, der Goethe-Verehrer, ist. Es wäre interessant, die Probe auf das Exempel gemacht zu sehen, wieweit der Ministerpräsident einen preussischen Beamten in seinem Rechte schützen würde, sich für Goethe zu begeistern und diese Begeisterung zu betheiligen. Möglicherweise allerdings, daß es darüber zu einer Kanzlerkrisis käme. Denn die Orthodoxyen, die Reide's unerschütterlicher Umzug betrieben haben, sind einflußreicher, als sich Graf Bülow vielleicht träumen läßt.

**Ueber eine Tragödie in der Kaserne** berichtet man dem „Han. Cour.“ aus Hammerstein: Hier wurde ein Soldat des gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz befindlichen 38. Artillerie-Regiments von seinen Kameraden erschlagen. Leider herrscht bekanntlich vielfach die Unsitte unter den Soldaten, daß die jogen. alten Leute, das sind die im letzten Jahre Dienenden, die Kameraden des jüngeren Jahrgangs für irgend ein Verschulden nachlässigerweise überfallen und mit Schlägen traktieren, trotz der strengen Strafe, die sie bei einer Anzeige, die aber in den meisten Fällen unterbleibt, zu gewärtigen haben. Ein Gefreiter wollte nun in der Nacht zum Dienstag einen anderen Soldaten, der ruhig in seinem Bette schlief, mit einem Lederriemen schlagen; der Ueberfallene sprang auf, ergriff einen zufällig in der Nähe stehenden Spaten und spaltete dem Angreifer den Kopf, so daß der Tod bald darauf eintrat.

**Eine interessante Wahlprüfung** dürfte diejenige über die Wahl in Ottweiler St. Wendel werden. Nicht nur befehlshaltig das Zentrum die „Ordnungsparteien“ der schlimmsten Wahlbeeinflussungen, auch umgekehrt werden Beschwerden gegen das Zentrum und seine Agitationsweise laut. So schreibt die „Nationall. Korresp.“: „Der durchgefallene Zentrumskandidat Fuchs ist ungemein rührig in Protestkundgebungen gegen die Wahl des nationalliberalen Geh. Vergrath Prieze; die Wahrheit seiner Angaben bedarf aber der eingehendsten Untersuchung, wobei sich denn ein selbst für das Zentrum überraschendes und peinliches Bild der unerhörtesten Wahlbeeinflussung durch Gewissenszwang auf die katholischen Wähler durch die Zentrums-Agitation bieten dürfte. So wird uns z. B. von einwandfreier Seite mitgetheilt, den Wählern sei gedroht: Wer nicht für den Zentrumskandidaten Fuchs stimme, käme nicht in den Himmel, würde nicht selig! Einem solchen an Blasphemie grenzenden Agitationsmittel stellt sich würdig die Aeußerung des Zentrumsabgeordneten Sittart an die Seite, welcher in aller Seelenruhe ausführte, ein katholischer Arbeitgeber erblicke in dem Arbeiter das Ebenbild Gottes und behandle den Arbeiter danach, während der nationalliberal gefasste Arbeitgeber in dem Untergebenen lediglich eine Arbeitskraft zu besitzen glaube, die nach Gebühr ausgezahlt werden müsse! — Angesichts der seitens des Herrn Fuchs erhobenen Beschuldigungen werden aber die Anhänger der Kandidatur Priezes nicht müßig bleiben, alles erforderliche Material zu sammeln und zu sichten, um gegebenen Falles den Behauptungen des Herrn Fuchs mit allem Nachdruck entgegenzutreten zu können.“ — Daß auch das Zentrum den Wählern gewaltig etwas vorgezwinkt hat, daran zweifeln wir nicht. Aber haben die Nationalliberalen das etwa nicht gethan? Von da bis zum terroristischen Wahlschwang ist aber noch ein weiter Schritt.

**Auf zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung!** Berliner Blätter berichten von einem jähwren Säbelduell, das am Montag Nachmittag in Berlin in den Vereinssälen einer dortigen Barsgesellschaft ausgefochten worden sein soll. Das Duell sei auf die Zeitungspolemik über die Thätigkeit des Generals v. Liebert als Gouverneur von Ostpreußen und die sich daran knüpfende Debatte über Kolonialpolitik zurückzuführen. Schließlich habe der eine Publizist mehreren seiner politischen Gegner Forderungen gestellt, deren erste, die auf trumme Säbel laute, jetzt angetragen worden sei. Der Fordernde habe einen jähwren Hieb quer über die linke Wange und einen zweiten Schlag vom linken Auge zum Mundwinkel erhalten, während sein Gegner mit unmerklichen Hieben davon gekommen sei. Mit dieser schweren Menage soll aber das Duell nicht erreicht sein, vielmehr scheine ein weiterer Zweikampf zwischen dem Verwundeten und einem anderen politischen Gegner unvermeidlich zu sein. Ein Leipziger Professor und Abgeordneter (Hane), dem ebenfalls eine Forderung zugeht, habe sie unter Verwahrung auf seine parlamentarische Immunität und auf seine prinzipielle Gegnerchaft gegen das Duell abgelehnt. Ueber einen anderen Publizisten, der eine ihm zugehende Forderung ablehnte, sei der Barsgesellschaftsvertrag verhängt worden.

**Schnüffelei nach Sozialisten in der Kaserne.** Daß noch immer über junge Leute, die zum Militär eingezogen werden, Erkundigungen stattfinden, ob die betreffenden Sozialdemokraten sind, dafür liefert den Beweis ein Brief, den der Vater eines in Karlsruhe arbeitenden Schriftstellers diesem vor ein paar Tagen schrieb. In dem Briefe steht u. A.:

„Dabei muß ich Dir Nag mittheilen, daß sich die hiesige Polizei (der Vater wohnt in Rottweil) nach Dir erkundigt hat, und zwar auf Betreiben des Amtsgerichts, (sol wohl heißen Bezirksamt. D. R.) ob Du ein Sozialdemokrat seist und ob Du eine Führerrolle dabei einnimmst und sonst noch Verschiedenes. Ich möchte Dich nun auf Ehre und Gewissen fragen, was ist es denn mit der Geschichte? Bist Du wirklich ein so eingestellter Sozialist, daß sich das Karlsruhe'er Amtsgericht veranlaßt sieht, sich auch nach Dir zu erkundigen? Denn daß Du auf der Sozialisten seist, wirst Du nicht leugnen können. Deshalb ersuche ich Dich, umgehend zu schreiben, wie es bei Dir aussieht. Kommt kein Brief, der mich befriedigt, dann kommt was Anderes, ich will Gewißheit haben.“

Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, in wessen Auftrag und aus welchen Gründen dieses geheime Verfolgen gegen junge Leute wegen ihrer vermeintlichen oder wirklichen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie eingeleitet wurde.

**Der Verein für Sozialpolitik** hält seine diesjährige Generalversammlung in den Tagen vom 23. bis 25. September in München ab. Die Versammlung beansprucht in diesem Jahre vermöge ihrer hochaktuellen Tagesordnung ein ungewöhnliches Interesse. Zur Verhandlung gelangen nämlich die Wohnungsfrage und die Wirkung der gegenwärtigen und die Ziele der künftigen Handelspolitik. Zu Referenten für die Wohnungsfrage sind die bekannten Nationalökonom Prof. Fuchs in Freiburg und v. Philippovich in Wien bestellt, sowie Landesrath Brandts-Düsseldorf, der über die Thätigkeit des in dem Wohnungsberath der preussischen Minister als Muster hingestellten rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnens berichten wird. Ueber die Handelspolitik werden die Professoren Vogt-München, Noble-Frankfurt und Schumacher, der Studiendirektor der neuen Handelshochschule in Köln, referieren. Der Debatte über die Handelspolitik werden zwei Tage gewidmet werden.

**Konkursstatistik.** Nach der vorläufigen Mittheilung des Kaiserlich Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im ersten Vierteljahr 1901 im Deutschen Reich 2663 neue Konkurse zur Zahlung, gegen 2266 im ersten Vierteljahr 1900. Es wurden 281 Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens bedeckenden Massebetrages abgewiesen und 2382 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte der Gemeinschuldner in 1524 Fällen ausschließlich die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im 1. Vierteljahr 1901: 1604 (1. Vierteljahr 1899: 1392) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußvertheilung 1105, durch Zwangsvergleich 346, infolge allgemeiner Einwilligung 44 und wegen Massenmangels 111. In 562 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerauschluß bestellt.

Von den 2663 neuen und den 1603 beendeten Konkursverfahren betrafen:

Physische Personen	2151	1354
Nachlässe	360	169
Handelsgesellschaften	112	63
Genossenschaften	6	1
andere Gemeinschuldner	34	17

**Kleine politische Nachrichten.** Zur Wahl in Ottweiler St. Wendel wird der „Rhein. Westf. Ztg.“ mitgetheilt, daß Pastoren und Kapläne am Wahltag vielfach mit photographischen Apparaten ausgerüstet einherzogen, um photographische Aufnahmen von Wahlvorgängen, die mit einer Verletzung der Wähler in Beziehung stehen könnten, zu machen. — Zu den Mittheilungen über das Verfahren gegen den in Summbinnen freigesprochenen Sergeanten Fiedel bemerkt die „Köln. Ztg.“: „Nicht nur in bürgerlichen und juristischen, sondern auch in hohen militärischen Kreisen betrachtete man die Freisprechung als den nach Lage der Dinge einzig möglichen Ausgang, und war daher über die Einlegung der Berufung nicht wenig erstaunt.“ — Dementirt wird vom sächsischen Ministerium des Innern die Nachricht, die sächsische Regierung habe eine neue Untersuchung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken beim Bundesrath beantragt. Auch die Nachricht bürgerlicher Blätter, die in unser Blatt übergegangen ist, daß ein Kontraktbruch-Gesetz gegen die Landarbeiter dem Altenburger Landtag zugegangen sei, scheint auf Irrthum zu beruhen; wenigstens ist der Landtag zur Zeit garnicht versammelt. Ob ein solches Gesetz beabsichtigt wird, ist jedoch eine andere Frage. — Bei zwei Batterien des in Leipzig in Garnison liegenden Artillerieregiments Nr. 77 sind typhusartige Erkrankungen aufgetreten. — Die zweite württembergische Kammer nahm Mittwoch nach längerer Debatte mit 58 gegen 13 Stimmen den Antrag Gröber und Gen. an, dahin gehend, die Regierung möge mit der Errichtung von Landwirtschaftskammern vorgehen. Vorher war der Antrag Bantleon und Gen., der Regierung die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für ganz Württemberg zur Erwägung zu empfehlen, mit 39 gegen 32 Stimmen abgelehnt worden. — In der dermatologischen Abtheilung des Allgemeinen Krankenhauses in Lemberg führten sich 30 Patientinnen auf die diensthabenden barmherzigen Schwestern, sodaß ein förmliches Handgemenge entstand; die telefonisch herbeigerufene Polizei stellte die Ruhe wieder her. 7 Patientinnen wurden in polizeilichen Gewahrsam gebracht. — Während der Abgeordnetensitzung in Budapest warf Mittwoch ein entlassener Kesselheizer, Namens Nemet, einen Bogen Papier von der Gallerie in den Sitzungssaal und erklärte, er wolle die Aufmerksamkeit auf die Nothlage seiner zahlreichen Familie lenken. Er wurde zur Polizei geschafft. — Der Zar hat die Geburt einer Tochter am Dienstag zu einer Widmung der wegen der Studentenunruhen verhängten Strafen benutzt. Nach dem amtlichen „Peterson. Regierungsboden“ hat der Zar verfügt: 1. Von den Studenten, welche von den Universitäten wegen ihrer Zügelnahme an den Unruhen relegirt wurden und zur Strafe Militärdienste leisten, werden diejenigen, welche vermöge ihres Familienranges sich im Besitze von Privilegien erster Klasse befinden oder welche körperliche Gebrechen haben, die sie untauglich zum Militärdienst machen, von jezt ab vom Militärdienst befreit. 2. Alle anderen Studenten, welche zur Strafe Militärdienste leisten, werden in ihre Rechte bezüglich des Militärdienstes eingeleitet, gleichviel welche Zeit für ihren Dienst im Heere angelegt ist. 3. Unter Aufhebung des geltenden Gesetzes wird allen Studenten, welche jezt zur Strafe Militärdienste leisten, die Dienstzeit von dem ersten Tage des auf ihren Eintritt in das Heer folgenden Monats an gerechnet. — Die serbischen Stupsktinawahlen fanden am 4. August neuen Stils statt. — In Frankreich hat der Senat die ersten 12 Artikel des Verfassungsgesetzes angenommen. — Der Generalrath des Seine-Departements

sprach in einer Resolution den Wunsch nach vollständiger Amnestie für die verurtheilten Ankläger und die vom Staatsgerichtshof Verurtheilten aus mit Ausnahme der Verurtheilungen wegen Hochverrats. — Das englische Unterhaus nahm am Dienstag die dritte Lesung der Vorlage betreffend die Zivilisten des Königs mit 370 gegen 60 Stimmen an.

#### Dänemark.

**Eine Episode aus dem Klassenkampf.** Ein Aufsehen erregender Prozeß zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft Odenses und den Spitzen der dortigen bürgerlichen Gesellschaft gelangte dieser Tage vor dem höchsten Gericht in Kopenhagen zum Abschluß. Die Sozialdemokraten von Odense hatten von dem Grundbesitzer Jespersen einen Wald, den sogenannten „Näsbyhoved-Wald“ gekauft, um daraus einen Volkspark zur Abhaltung von Festen und großen Versammlungen zu machen. Die Kaufsumme wurde auf 58 000 Kronen festgesetzt. Als der Abschluß des Geschäfts in der Stadt bekannt wurde, entstand eine große Bewegung in der konservativen Gesellschaft, die um keinen Preis wollte, daß der schöne Wald in den Besitz der Arbeiter übergehen sollte und bald wurden der von unsern Genossen gegründeten „Altiengeseellschaft Näsbyhoved Skov“ alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Jespersen weigerte sich schließlich, den Kaufvertrag zu unterschreiben, die sofort zu zahlende Summe von 20 000 Kr. anzunehmen und verkaufte dann den Wald nochmals und zwar an einen Restaurateur, der aber nur die vorgegebene Person der konservativen Staatsretter war. Nachdem die Sache durch mehrere Instanzen gegangen war, erklärte das höchste Gericht nun den letzteren Verkauf zwar ungültig, legte aber dem Beklagten nicht die Verpflichtung auf, das Kaufobjekt an den ersten Käufer zurückzuliefern, doch verurtheilte es Jespersen, an die Altiengeseellschaft 12 000 Kronen als Ersatz für die durch die Annullierung des Verkaufs erwachsenen Verluste und dazu die Prozeßkosten in der Höhe von 500 Kronen zu zahlen.

#### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Die unter dem Befehl Kruijngers stehenden Burenkommandos wurden am 17. Juni bei Tarkastad von der Truppe des Obersten Monroe angegriffen, die aber zurückgezogen wurde, nachdem sie unbedeutende Verluste erlitten hatte. (Das sieht fast aus, als hätten auch hier die englischen Truppen schlecht abgeschnitten! Red.) — Steijn und Dewet versuchten in den letzten Tagen vergeblich, die Linie Standerton-Heidelberg zu überschreiten. — Laut amtlicher Bekanntmachung ist im Distrikt Greytown die Kinderpest ausgebrochen. Der Distrikt ist daher als verunreinigt erklärt worden. — Amlich wird, so wird aus Kapstadt gemeldet, bekannt gemacht, daß Erjaßanprich wegen der nach dem 31. März 1901 erfolgten Requisitionen und Eigentumserschädigungen durch englische Truppen bis zum 31. Juli 1901 bei dem für den Wohnort des Reklamanten zuständigen Distriktskommandanten unter Einreichung der Empfangsbescheinigungen und sonstigen Beweismaterials zu machen sind.

Von dem englischen General French hat man schon lange nichts mehr gehört. Jetzt wird der „Rhein. Westf. Ztg.“ vom 29. Mai aus Kapstadt in Bestätigung früherer Andeutungen geschrieben: Wir wissen positiv aus dem Munde der Frau Louis Botha, die vorige Woche mit dem Dampfer „Dunvegon Castle“ von hier fortging, daß General French zweimal gefangen war, ehrenwortbrüchig wurde und erschossen werden sollte, worauf Kitchener intervenierte (Botha hatte ihm den Kriegesgerichtsbeschuß mitgeteilt) und French gegen 1000 in Simonstown etc. gefangene Buren ausgeliefert wurde und nach Hause gehen muß. — Inwieweit diese Angaben der Wahrheit entsprechen, wird sich vorläufig schwer feststellen lassen.

#### China.

**Vom Chinawirrwarr.** In einer Zusammenkunft der fremden Gesandten, die Dienstag stattfand, wurde, nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“, das chinesische Ersuchen berathen, daß 3000 chinesischen Soldaten erlaubt werden solle, in Peking einzurücken. Es wurde beschloffen, daß es nicht rüthlich sei, hierauf einzugehen, bis — gegen Ende August — alle fremden Truppen mit Ausnahme der Schutzwachen für die Gesandtschaften Peking verlassen hätten. Dergleichen haben die Gesandten beschloffen, daß die fremden Truppen die verbotene Stadt so lange bewachen sollen, bis die chinesischen Truppen in Peking eintreffen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. Juni.

#### Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort. Sorge Jeder für Fernhaltung des Zuzuges!

**Waterstädtischer Verein contra Bürgerrechtsverein.** In den „Lüb. Anz.“ antwortet der Waterstädtische Verein, indem er sich hinter „mehrere Bürger, denen das Wohl der Waterstadt am Herzen liegt“, verzieht, auf die Angriffe, die sich die Bürgerrechtler in ihrem Flugblatt auf die Waterstädtischen geleistet haben. Da wir uns in der Rolle des lachenden Dritten befinden, so wollen wir die Antwort, die mehrfach Lichtblicke auf das Verhältniß der jetzt feindlichen Brüder wirft, im Auszuge wiedergeben, schon darum, damit das Dokument nicht im Annoncentheil der „Lüb. Anz.“ verjauert und der Nachwelt vielleicht ganz unbekannt bleibt. Der Vorstand des Bürgerrechtsvereins bringt — also lassen sich die Waterstädtischen Bürger vernehmen — „einen Wahlaufruf an die Öffentlichkeit, in der er in seinem ersten Theile aufs Heftigste den Waterstädtischen Verein angreift, nachdem ihm dieser die von ihm gewünschten Kandidaten im Jakobi-Quartier mit in die Bürgerschaft gewählt hat. Mit Recht kann man sagen: „Das ist der Dank des Harzes Habsburg.“ Es wird dem Waterstädtischen Verein vorgeworfen, daß er sein Wort nicht gehalten habe, dabei ist, unter Zurücksetzung aller eigenen Interessen, Alles geschehen, um nach vernünftigen Grundsätzen einer Zerspaltung vorzubeugen. Wenn von einer Seite Zerspaltung hervorgerufen ist, so ist das nur vom Bürgerrechts-Verein geschehen, denn leitende Männer dieses Vereins sind in den Quartier-Versammlungen des Waterstädtischen Ver-

eins anwesend gewesen und wären in der Lage gewesen, ihre Wünsche vorzutragen und, so weit sie natürlich in den Grenzen der Vernunft lagen, durchzusetzen. Die Mitglieder des Waterstädtischen Vereins sind nur zum ganz kleinen Theil mit dem Vorgehen des Zweig-Komitees des Jakobi-Quartiers einverstanden gewesen und dieses hat schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, um die seitens des Bürgerrechtsvereins entgegengebrachten Wünsche zu erfüllen und eine große Zahl ist noch heute der Meinung, daß der Waterstädtische Verein die wenigen Stimmen des Bürgerrechtsvereins keineswegs gebraucht hätte. Ohne den Waterstädtischen Verein wäre doch nie und nimmer ein Kandidat des Bürgerrechtsvereins in die Bürgerschaft gewählt. Statt aber jetzt zufrieden zu sein, muß der Vorstand dem Drängen seiner radikalen Mitglieder nachgeben und versuchen, dem Waterstädtischen Verein noch etwas aus Jeng zu stücken. Denn daß der Vorstand des genannten Vereins irgend einen nennenswerthen Erfolg von seinem Flugblatt erhofft, glaubt er nach Lage der Sache sicher selbst nicht. Ein recht eigentümliches Licht wirft es endlich auf den Bürgerrechts-Verein, daß er doch wohl nicht ohne Absicht in seine Kandidatenlisten eine Reihe von Namen aufgenommen hat, die bei den vertraulichen Besprechungen des Waterstädtischen Vereins für die diesjährige Wahl haben zurückgestellt werden müssen. Dem erstlichen Streben des Waterstädtischen Vereins, des Zusammenfassens aller Wünsche, arbeitet der Bürgerrechts-Verein bewußt entgegen und er und kein anderer ist es darum, der Zerspaltung in die bürgerlichen Reihen trägt. — Man kann es den Waterstädtischen wahrlich nicht verdenken, wenn sie dem Bürgerrechtsverein die Thatsache zu Gemüthe führen, daß er doch eigentlich nur durch Gnade und Barmherzigkeit des Waterstädtischen Vereins im Lübschen Parlament vertreten ist. Indessen bleibt doch bestehen, daß schließlich beide Vereine in diesem Streite eine wenig rühmliche Rolle spielen. Am unruhigsten benimmt sich zweifellos der Bürgerrechtsverein, der heute eine donnernde Philippika gegen den Waterstädtischen Verein losläßt, um Morgen Arm in Arm mit den Waterstädtischen die Sozialdemokratie in die Schranken zu zwingen. Nur Leute von der politischen Grundlosigkeit und Unwissenheit eine Heiße und Dobberstein bringen es auch fertig, heute gegen Ständewahlen zu wüthen und Morgen sich selbst an diesen Ständewahlen zu betheiligen. Wie soll es da möglich sein, solche Leute überhaupt noch ernst zu nehmen?

**In dem Pronunciamento des Waterstädtischen Vereins gegen die Bürgerrechtler sucht sich der erstere auch von dem Vorwurfe der Begünstigung der Ständewahlen zu reinigen. Es heißt da: „Fast jeder Mensch in Lübeck weiß es, daß der Waterstädtische Verein lediglich eine gewisse Eintheilung bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten zur Abkürzung des Wahlverfahrens beobachtet, daß er aber keinesfalls knechtisch sich an eine Ständewahl bindet. Würde nicht gesorgt, daß der Handwerker, der Gelehrte, der Kaufmann, der Beamte in der Bürgerschaft seine Vertretung durch die Besten aus seinen Reihen fände, so würde in den Kreisen der Bevölkerung sicher bald eine allgemeine Unzufriedenheit vorherrschen. Gerade hierdurch ist dem Claqueurwesen ein starker Niegel vorgeschoben.“ — Wenn der Waterstädtische Verein wirklich so sehr darauf bedacht ist, daß jeder Stand in der Bürgerschaft vertreten ist, warum hat er es dann bisher stets unterlassen, jemals auch nur einen einzigen Vertreter des arbeitenden Volkes, das doch die Mehrheit der Bevölkerung bildet, auf seine Listen zu nehmen? U. U. w. g.**

**An die Bevölkerung Lübeck's!** Morgen, Freitag Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr findet im Vereins Hause eine öffentliche Volks-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Der Streik der Kohlenarbeiter und die Situation am Hafen. Es handelt sich bei dieser Versammlung um eine Sympathie-Bezeugung für die Streikenden; es gilt, den Kohlenbaronen zu beweisen, daß die Lübeder Bevölkerung hinter den Streikenden steht. Darum darf Keiner fehlen!

**Zum Streik der Kohlenarbeiter.** Nachdem die Kohlenarbeiter mit ihrem von Tag zu Tag immer mehr zusammenschumpfenden Häuflein Arbeitswilliger und den Schiffseuten nicht in der Lage sind, die Arbeit zu bewältigen, versuchen sie, die Arbeiter der Kohlen empfangenden Fabriken etc. zur Verrichtung von Streikbrecherarbeit zu veranlassen. So soll den Arbeitern der Koch'schen Schiffswerft seitens ihrer Vorgesetzten aufgegeben worden sein, einen für die gen. Werft angekommenen Kohlendampfer zu löschen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß sich jeder organisierte Arbeiter in solchem Falle entschieden weigert, den Streikenden durch Verrichtung von Kohlenarbeit in den Rücken zu fallen. Werde Keiner zum Verräther an seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern. Hoch die Solidarität!

**Der Bürgerausschuß** ertheilte in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst dem Senatsantrage auf Nachbewilligung von 3043,10 Mark für das Werk- und Zuchtthaus die beantragte Mitgenehmigung. Sodann berieth der Bürgerausschuß über den Entwurf einer Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte sowie für Travemünde. Bei § 11 wurden die Verhandlungen vertagt, nachdem die vorhergehenden Paragraphen zum Theil mit geringfügigen Änderungen angenommen waren.

**Blinder Lärm.** Mittwoch Nachmittag gegen 5<sup>1/2</sup> Uhr wurde die Feuerwehrt infolge unvorsichtiger Verührung des Feuermelders seitens eines Dienstmädchens nach der Dorfstraße zum Mühlenthor hinaus alarmirt. Beim Eintreffen derselben stellte sich heraus, daß es sich nur um blinden Lärm handelte.

**Das Reichsversicherungsamt** hat jüngst in einer Unfallsache, in der aus dem späteren Selbstmord des Verletzten Entschädigungsansprüche hergeleitet wurden, die Hinterbliebenen mit folgender Begründung abgewiesen: „Es ist weder aus der Art der Verletzung, noch aus der gewählten Todesart der Schluß zu ziehen, daß

eine geistige Umnachtung vorgelegen hat. Selbst wenn die Folgen des Unfalls den Beweggrund für den Selbstmord gebildet haben, fehlt es an bestimmten Anhaltspunkten für die Annahme, daß die Ausführung der That im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit, also nicht mit eigener freier Willensbestimmung erfolgt ist. Dann liegt aber die Annahme viel näher, daß der Selbstmord auf den Mangel bestimmter geistiger und moralischer Eigenschaften, wie Standhaftigkeit und Selbstüberwindung, zurückzuführen sei.“ Sehr treffend bemerkt sogar das zahlberale „B. Z.“ dazu: Es wird nicht wenig Leute im Reiche geben, die diese Entscheidung als pedantische Geheimplatzweiser ansehen werden. Ob der Betroffene nun in einem unmittelbar durch den vorausgegangenen Unfall hervorgerufenen Zustand geistiger Störung seinem Leben ein Ziel gesetzt hat, oder ob er das bei klarem Bewußtsein gethan hat, weil ihm das Leben infolge des Unfalls eine Dual war, — das bleibt sich doch wohl gleich. Jedenfalls ist fey freiwilliger Tod eine Folge des Unfalls, und gerade eine Behörde wie das Reichsversicherungsamt sollte sich — trotz des Präzedenzfalls, der durch seine Entscheidung geschaffen wird — nicht auf den Standpunkt stellen, den heute kaum noch eine halbwegs kulturelle Lebensversicherungsgesellschaft einnehmen würde. „Standhaftigkeit und Selbstüberwindung“ sind an sich recht anerkanntswürdige Tugenden; sie zu betheiligen, ist aber Niemand einer Behörde gegenüber verpflichtet, und auf den Mangel solcher Eigenschaften eine Ablehnung der Entschädigungspflicht gründen zu wollen, ist kaum gerechtfertigt.

**Vom Hafen.** In der verfloffenen Woche kamen auf dem Seewege 41 Dampfer und 17 Segler nach hier; auf dem Kanalwege gelangten 32 Fahrzeuge hierher.

**Der jugendliche Brandstifter,** welcher das im Februar ds. J. in Rettungshaus auf dem dritten Fischerbuden zum Ausbruch gefommene Feuer angelegt hat, ist in einer Besserungsanstalt bei Stettin ermittelt und dem hiesigen Gefängnis zugeführt worden.

**Das gestrige Waisenkindersfest** hatte sich in Anbetracht des herrlichen Wetters einer außerordentlich zahlreichen Theilnahme zu erfreuen. Der Festplatz, sowie Hanshahn's Konzerthaus und die umliegenden Wirthschaften waren bis auf den letzten Platz besetzt.

**Wegen Diebstahls** stand am Mittwoch der Lohgerbergehülfe W. Sch. aus Malchow vor der hiesigen Strafkammer. Mit Hilfe eines falschen Schlüssels drang der Angeklagte am 12. Mai ds. J. in das Wohnzimmer seines Logiswirthes ein und entwendete demselben aus dem verschlossenen Sekretär 40 Mark. Wegen dieses Diebstahls erkannte das Gericht auf 9 Monate Gefängnis.

**Seine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den Regierungsbauführer C. U. Mittelstädt zum Oberlehrer an der Baugewerkschule ernannt.

## An unsere Postabonnenten!

Um die erfahrungsgemäß beim Quartalswechsel eintretenden Störungen im Bezug zu vermeiden, bitten wir unsere verehrl. Postabonnenten, schon jetzt ihre Bestellungen pro 3. Quartal resp. Monat Juli 1901 bei der betreffenden Postanstalt aufzugeben.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Flensburger Polizeiverwaltung verbot die Genehmigung eines Festzuges anlässlich des im August ds. J. stattfindenden Gewerkschaftsfestes ohne Angabe von Gründen. — Der Kempner streit in Harburg ist am Dienstag infolge Einigungsverhandlungen beigelegt worden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Dienstag in Rostock infolge einer Demunzation ein Arbeiter verhaftet, der beim Betreten des Baues der Ehrenpforte eine unehrerbietige Bemerkung über den noch jugendlichen Großherzog gemacht haben soll. — In Pögeez bei Radeburg fiel ein 5jähriges Kind hinterwärts in einen Kessel mit kochender Milch und erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Ein Zimmergeselle stürzte bei einem Neubau in Hamburg zwei Stockwerke in die Tiefe; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Infolge der schlechten Geschäftslage gerieth in Hamburg eine der bedeutendsten Saplatas-Firmen in Zahlungsstockung; die Verbindlichkeiten werden auf 3 bis 4 Millionen Mark geschätzt. — In Dejum verstarb infolge Genusses giftiger Pflanzen ein 5jähriges Kind. — Der norddeutsche Dampfer „Keppler“ ist mit seiner Besatzung von 13 Mann in der Nordsee untergegangen.

**Hamburg.** Wohnungsnoth. Anlässlich der Sanirung der Altstadt und des dadurch hervorgerufenen Mangels an kleinen Wohnungen hat die Wohnungsnoth ganz erschreckliche Dimensionen angenommen. Da nimmere mit dem Abbruch der Häuser begonnen wird, müssen letztere geräumt werden. Etwa 87 Familien mit 250 Kindern sind noch nicht im Besitz einer Wohnung; viele dieser Leute haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, Wohnungen zu erhalten, aber vergebens. Wo noch kleinere leerstehende Wohnungen vorhanden waren, wurden sie von den übermüthigen Hausbesitzern wegen ihrer großen Kinderzahl zurückgewiesen. Es ist unseres Erachtens Pflicht des Staates, hier helfend einzugreifen.

**Altona.** Eine militärische Extrastrafe. Einer der obersten Grundstücke in Straßrecht ist das „Ne bis in idem“, nach dem Niemand zwei Mal wegen derselben Straftat bestraft werden soll. Das Militärstrafrecht, das so viel Wunderlichkeiten birgt, enthält auch eine Ausnahmestimmung von diesem Fundamentalsatz. Nach § 42 des Militärstrafgesetzbuchs kann nämlich auch gegen Militärpersonen des Beurlobtenstandes, die von bürgerlichen Gerichten wegen Straftaten im bürgerlichen Leben zu Freiheitsstrafen von über 1 Jahr verurtheilt sind, in einem besondern militärgerichtlichen Verfahren nochmals verhandelt und gegen sie auch noch auf Degradation oder Ausstoßung aus dem Heere erkannt werden. Diese Bestimmung wurde in der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der XVIII. Division auf einen Baumaterialienhändler K. aus Kiel angewandt. Der selbe ist vom Landgericht in Kiel wegen Wechselfälschung und Betruges zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Dienstag lag

nun das Kriegsgericht zum zweiten Male wegen derselben Straftat über ihn zu Gericht, denn er ist in seinem Militärverhältnis Unteroffizier der Reserve. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn zur Degradation zum Gemeinen. — Bluttiger Kampf in der Kasernenstube. Auf einer Mannschafsstube der 6. Kompagnie des 31. Inf.-Reg. in Altona entstand vor einigen Wochen ein Streit zwischen den Musikanten P. und L., in dessen Verlaufe P. den L. mit einem Holzschmel so schwer verletzete, daß dessen Ueberführung ins Lazareth erforderlich war. Da P. von L. gereizt worden ist, erkannte das Kriegsgericht nur auf eine dreiwöchentliche Gefängnißstrafe.

**Reudsburg.** Unter Symptomen der Vergiftung erkrankten vor einigen Tagen plötzlich gegen 50 Mannschaften der hiesigen Artillerie-Abtheilung. Die Krankheit trat bei sämtlichen Personen fast gleichzeitig ein und äußerte sich durch Erbrechen, Fiebererscheinungen u. Von den oberen Sanitätsoffizieren wurden sofort eingehende Untersuchungen angestellt, die sich besonders auf das Mittagessen bezogen. Die Ursache der Erkrankungen konnte indes nicht ermittelt werden. Nach Verlauf von 1-2 Tagen konnten sämtliche Personen wieder ihren Dienst verrichten.

**Güstrow.** In der Schwurgerichtsverhandlung am Dienstag hatte sich zunächst die Ehefrau des Viehhändlers Ernst Rohloff, geb. Corbs zu Stavenhagen wegen Mordes zu verantworten. Der Mann der Angeklagten betrieb früher mit einem entfernten Ver-

wandten, Emil Rohloff, einen Viehhandel. Nach Verlauf einiger Monate geriet Letzterer jedoch infolge Trennung in Vermögensverfall. Im Dezember v. J. wurde nun seitens des Konkursverwalters eine Klage gegen den Mann der Angeklagten auf Herausgabe von 1000 Mk. angestrengt. Dieser Betrag soll, angeblich für Emil Rohloff bestimmt, aber von der Angeklagten angenommen sein. In der betr. Verhandlung sagte nun die Angeklagte als Zeugin eidlich aus, sie habe wohl die Post-Quittung unterschrieben, aber nicht das Geld empfangen. Diese Aussage ist nach einem am Tage nach der Verhandlung erfolgten Widerruf eine falsche gewesen. Die Geschworenen verneinten die Hauptfrage und bejahten die Nebenfrage nach Fahrlässigkeit. Da eine später widerrufen, aus Fahrlässigkeit gemachte Aussage straflos ist, wurde die Angeklagte freigesprochen. — Wegen Brandstiftung hatte sich sodann der Arbeiter Ahlgrim aus Mirow zu verantworten. Eingestandenemachen hat der Angeklagte eine seinem früheren Arbeitgeber gehörige Miete vorzüglich in Brand gesetzt. Unter Annahme mildernder Umstände wurde der Angeklagte zu 1 Jahr Gefängniß, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft verurtheilt.

### Aus Nah und Fern.

Ueber ein auffälliges Beispiel künstlicher Ernährung berichtet der „Stadt-Anzeiger“ in Köln. Dieser Tage stellte sich ihm ein 54jähriger alter städtischer Arbeiter vor, der ein auffallend schlechtes Aussehen hatte, der aber

täglich seiner gewohnten Beschäftigung nachgeht. Vor etwa 4 Jahren fühlte er, seiner Angabe nach, Beschwerden in der Speiseröhre; das Uebel nahm zu und führte schließlich zu einem vollständigen Zuwachsen der Röhre über dem Mageneingang, so daß weder feste noch flüssige Nahrung mehr hindurchging. Eine schnelle Operation war unvermeidlich. Geheimrath Professor Dr. Vardenheuer hat dann den schwierigen und in seiner Art wohl äußerst seltenen Eingriff persönlich im Bürgerhospitale ausgeführt; er bestand darin, daß dem Patienten die Bauchhöhle geöffnet und sein Magen direkt mit einer Kanüle verbunden wurde. Das geschah vor drei Jahren. Der Mann hat diese bemerkenswerthe Operation gut überstanden und erfreut sich heute, und voraussichtlich noch für lange Zeit hinaus eines, wenn auch nicht beneidenswerthen, so doch erträglichen Daseins. Die Speisen — gehacktes Fleisch, Kognak und Bier — führt er durch einen langen Schlauch, an dessen oberem Ende ein Trichter befestigt ist, dem Magen zu, nachdem er zuvor den Geschmack seiner Nahrung auf der Zunge probirt hat.

### Sternschanz-Viehmarkt

Der Schweinehandel vertief gut. Angeführt wurden 940 Stüd., davon vom Norden — vom Süden — Schd. Rind: Sengschweine — Mt. Verlandschweine, schwere 55-56 Mt. leichte 57-58 Mt., Sauen 42 50 Mt. und Ferkel 54-56 Mt. pr 100 Pfd

Homburg, 19 Juni.

Hierzu eine Beilage.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Logis für 1 event. 2 junge Leute**  
Bleicherstraße 13.

**Gesucht zum 1. Octob. eine Wohnung**  
in der Stadt im Preise von 300 Mk. Näheres Hundestraße 22.

**Zum 1. Juli eine Wohnung von 2 oder 3 Zimmer nebst Zubehör zu vermieten**  
Droßstraße 15a, parterre.

**Gesucht eine Wohnung** in der Nähe der Moislinger Allee im Preise von 150-160 Mark.  
Off. u. C G 100 an die Exped. d. Bl.

**Gesucht junge Mädchen zur gründlichen Erlernung der Damenmodererei.**  
H. Hoffmann, Becherstraße 13, II.

**Suche zum 1. August einen Knecht.**  
H. L. Wiegels, Fildergasse 63

**Eine 1½schläf. Bettstelle mit Matratze**  
fast neu, billig zu verkaufen  
Schubötenstraße 18a, Et.

**Umfangreicher preiswerth zu verkaufen eine gut erhaltene, neue**  
**Laden-Einrichtung**  
Schulstraße 6.

**Zu verkaufen ein vollständiges fast neues Bett,**  
Preis 20 Mk., eine Bettstelle mit Matratze, Preis 6 Mk.  
St. Annenstraße 12.

**Berlora** auf dem Hauptbahnhof ein Portemonaie mit Inhalt abgegeben gegen Belohnung  
Schubötenstraße 82, part.

**Ein kleines gut erhaltenes Sopha**  
billig zu verkaufen  
Batensteiner 128, I. voran.

**Kopf u. Bein Pfd. 20 Pf.**  
**Schmalz** " 40 "  
**Schweinefleisch** " 60 "  
**Lammfleisch** " 50 "  
empfehlen

**W. Strohheldt**  
Marktthallen-Stand 14 u. 15.  
Gewichte bei billigen Preisen mein großes Lager in Schuhwaaren, Gerberwaaren, Hüte, Mäntel, Kasse, Hemden, Manufaktur u. s. w.  
Bud. Kracht, Hagebg. Allee 40.

**Lübecker**  
**Loose**  
empfehlen  
**Paul**  
**Würzburg**  
14 Markt 14.

**Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft**  
**Lübeck.**  
— Fernsprecher 161. —  
Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten  
**Lager- und Tafelbiere**  
in bekannter Güte, sowie unser  
**Kapuzinerbräu**  
welches nach Münchener Art, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbiten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

Im Verlage der Franck'schen Verlagshandlung, Stuttgart, erscheint:  
**Behse's Illustrierte Geschichte des preussischen Hofes**  
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Ende Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Behse redigirt.  
Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und unabhängig geschriebene Geschichte des preussischen Hofes.  
Zu 30 Heften zu 50 Pfg. oder geheftet in 6 Abtheilungen à Mk. 2.50, oder nach Erscheinen in 2 feinen Geschenkbanden geb. Mk. 18.50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu Mk. 2.— bis Mk. 3.—)  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.  
und deren Colporteurs.



Prinzessin Elisa Radziwill, Jugendliebte Kaiser Wilhelms I.

Freitag den 21. Juni cr., Abends 8½ Uhr:  
**Oeffentliche**  
**Volks-Versammlung**  
im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstrasse 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streik der Kohlenarbeiter und die Situation am Hafen.  
Referent: Redacteur Stelling.  
2. Discussion.  
Da es sich um eine Sympathie-Kundgebung für die streikenden Kohlenarbeiter handelt, ist zahlreiches Erscheinen der Gewerkschaften dringend erforderlich.  
Der Einberufer.

Seine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet bei Frau Lange, Alster 18.  
**Friedr. Paetan, Buchfabrik,**  
27 Mühlenstraße 27  
Prima ger. Schinken (Landrauch), gepökelte Fische à Pfd. 10 Pfg.  
**Gesundheitsbuch**  
in Staat, Gemeinde u. Familie.  
herausgegeben von Emanuel Wurm unter Mitwirkung von Bergern und Fachgelehrten. Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Pneumatik-Mäntel**  
7.50 Mk.  
Schläuche 4.75 Mk.  
mit 1jähriger Garantie.  
**Continental-Fahrrad-**  
Industrie  
Hüterstraße 103.

**Fahrräder**  
Tourenräder . . . 130 Mk.  
Halbrenner . . . 145 "  
Damenräder . . . 140 "  
Pneumantel . . . 7.50 "  
Schläuche . . . 4.50 "  
Sämtliche Zubehötheile vorräthig.  
Große Reparaturwerkstatt für  
Fahrräder u. Nähmaschinen aller Marken.  
93 Königstrasse 93.  
Fernspr. 1292. Fr. Busse.

Ger. Vorderreifen (Landrauch) Pfd 70 Pfg.  
Schweinefleisch 60 Pfg., bestes Schmalz 70 Pfg.,  
Bratenmalz 40 Pfg., ger. Wurst 80, 90 Pfg.  
und 120 Mk., gefochte und Leberwurst 70 Pfg.,  
Brezwurst u. Rothwurst 50 Pfg., Ruben 40 Pfg.,  
fr. Kopfschinken 30 Pfg. Mein Geschäft ist täglich  
bis 9 Uhr Abends geöffnet. M. Lahrz,  
Fernsprecher 1291. Büttcherstraße

**Gewerkschaftsbrauerei.**  
Dem Publikum hierdurch zur Kenntniß, daß jede Woche regelmäßig der Verkauf von Eimerbier von 5 bis 9 Uhr Abends stattfindet und zwar **Montags** und **Donnerstags** Ecke Georgstraße und Fuchtingstraße bei L. Thormann, **Dienstags** und **Freitags** Wickenstraße bei M. Keller, **Mittwochs** und **Sonntags** bei Schulz, Arnimstraße, und in der Brauerei **Montags**, **Mittwochs** und **Freitags** Abends. Wir ersuchen die Bewohner, ihren Bedarf an **Eimerbier** von uns zu entnehmen. Gutes und schmackhaftes Bier zusichernd  
Die Geschäftsleitung.

**Achtung!**  
**Bauarbeiter!**  
**Verammlung**  
am Freitag den 21. Juni  
Abends 8½ Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vereinsangelegenheiten.  
3. Fragekasten und Verschiedenes.  
NB. Die Kollegen werden erucht, sich recht rege an dem am Sonntag den 23. d. Mts. stattfindenden Ausflug nach Travemünde zu betheiligen. Karten sind noch Freitag bei den Kollegen Wöhnen, Hartenstraße 34/7, und B. Albrecht, Meierstraße 21a, zu haben.  
Die Ortsverwaltung.  
Zu dem am Sonntag den 23. Juni im „Lübecker Hof“ in Mölln i. L. stattfindenden  
**Gewerkschafts-Ball**  
ladet ergebenst ein  
Das Comitee.

## Geschlossene Parteitagssitzungen.

Aus dem Parteisekretariat in der Kreuzbergstraße 30 wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

„Die vor einigen Tagen im „Vorwärts“ veröffentlichte, auf den nächsten Parteitag in Lübeck bezügliche Notiz, in der auch darauf hingewiesen ist, daß dieses Jahr „geschlossene Sitzungen“ in Aussicht genommen sind, scheint in einigen Parteikreisen besondere Aufregung hervorgerufen zu haben. Nachdem die „Frankfurter Ztg.“ einer alten Gewohnheit folgend, wieder einmal Parteivorziehung für uns spielt und von einem „Marxstein in der Geschichte der Sozialdemokratie“ spricht, der durch die Abhaltung „geheimer Sitzungen“ aufgerichtet werden soll, scheinen einigen unserer Genossen die schwersten Bedenken gegen diese „in unserer Partei bisher unbekannte Einrichtung“ aufgestoßen zu sein. Man bezweifelt besonders, auch in dieser Beziehung den Spuren des Frankfurter Blattes folgend, daß die Vereitigung des Koalitionsverbots die Anregung zur Einführung „geheimer Sitzungen“ gegeben habe, da diese Aufhebung „gar nicht zur Sache gehöre“.

Da in einigen Parteiblättern auch Zweifel geäußert werden, ob es sich in der ersten „Vorwärts“-Notiz wirklich um eine Anregung des Parteivorstandes handele, so sei hier im voraus bemerkt, daß dies allerdings der Fall ist. Der Parteivorstand hat in einer seiner letzten Sitzungen, bei Anwesenheit seiner sämtlichen Mitglieder einstimmig den Beschluß gefaßt, dem nächsten Parteitag den Vorschlag zu unterbreiten, neben den öffentlichen auch geschlossene Sitzungen abzuhalten.

Da der Parteitag über seine Geschäftsordnung souverän entscheidet, so wird er auch über diesen Vorschlag seinen Beschluß fassen. Damit erledigen sich wohl die hier und da laut gewordenen Bedenken, daß eine Vergewaltigung des Parteitagess in dieser Frage Platz greifen könnte.

Was nun das „Geheimnis“ der Sitzungen anbelangt, wodurch die Genossen, die nicht auf dem Parteitage anwesend sind, in ihrem Rechte, die Verhandlungen des Parteitages zu kritisieren und zu kontrollieren, ganz wesentlich beeinträchtigt werden sollen, so beruht diese Befürchtung auf einer ganz falschen Auffassung dessen, was der Parteivorstand mit den geschlossenen Sitzungen erstrebt. Diese Sitzungen sollen gerade die Gelegenheit geben, mit den Vertretern der Genossen über alle Dinge sich rüchhaltlos auszusprechen und zwar auch über solche, die ihrer ganzen Natur nach sich zu einer Erörterung vor aller Welt und speziell in Gegenwart von Vertretern einer uns spinnefeind gesinnten Presse sich einmal nicht eignen.

Niemand denkt dabei daran, die Vertreter der Parteipresse von diesen Sitzungen auszuschließen oder gar im Protokoll die Berichte über dieselben zu unterschlagen. Worauf es ankommt, das ist, daß gerade über diese internen Angelegenheiten der Partei nur wahrheitsgemäße Berichte veröffentlicht werden, die auch dem Zwecke, der mit den Verhandlungen verfolgt wird, dienen und nicht aufbauschte und verlogene Darstellungen, in denen vielleicht unbedachte, zur Sache aber ganz gleichgültige Äußerungen als die Hauptache hinstellt und daran die böswilligsten Folgerungen geknüpft werden. Man kann gewiß dagegen einwenden, daß an diesen gequersichterselbst beliebten Manövern die Partei bisher keinen besonderen Schaden genommen habe. Das ist richtig, aber ebenso richtig ist es, daß manche zur Sache sehr dienliche Äußerung unterblieben ist, weil der Betreffende sich die Frage vorlegte, ob es nicht besser sei zu schweigen, als der gegnerischen Presse den Vorwand zu neuen böswilligen und verleumderischen Auslassungen zu geben. Gerade weil die Genossen ein Recht darauf haben, über alle Vorgänge in der Partei volle Aufklärung erhalten zu erhalten, ist der Vorstand zu seinem Vorschlag gekommen. Es kommt aber sehr in Betracht, durch wen diese Aufklärung an die Genossen kommt, ob durch die eigenen Dele-

gieren und die Parteipresse, oder durch entstellte und den Sachverhalt tendenziös verdrehende Berichte der Gegner.

Im übrigen ist auch die Bekümmernis unserer Gegner, daß von jetzt ab von der „Umsturzpartei in geheimen Konventikeln die schwärzesten Pläne ausgeheckt werden“, ganz überflüssig.

Seit dem Vereinigungskongreß im Jahre 1875 sind wir es gewohnt, auf unjeren auf deutschem Boden abgehaltenen Parteitagungen uns des Besuchs der Vertreter nicht nur der Orts-, sondern auch der in Berlin domizilierten politischen Zentralpolizei zu erfreuen. Die von den letzteren abgefaßten, stenographisch aufgenommenen und im Druck hergestellten Verbandsprotokolle zeichnen sich sogar, wie wir aus den in unserem Besitz befindlichen Exemplaren mit Vergnügen konstatieren, durch exakte Abfassung aus. Nur über die drei, während des Ausnahmegegesetzes im Auslande abgehaltenen Parteitage existieren solche Protokolle nicht. Aber es geschah ja bekanntlich nicht mit unserem Willen, daß wir damals genötigt waren, unsere Parteitage auf einem Boden abzuhalten, wo unsere sonst allmächtige Polizei nichts zu suchen und zu sagen hat.

Das trifft aber für die alte Hansestadt Lübeck nicht zu, und so kann die „Kreuzzeitung“ und die ihr gleichgesinnten ängstlichen Gemüther ganz beruhigt sein, auch in Lübeck wird es uns an polizeilichem Besuch nicht fehlen, und wie die Dinge im freien Deutschen Reiche im zwanzigsten Jahrhundert einmal liegen, können wir es nicht verhindern, daß uns diese Vertreter der Polizei auch in unjeren „geheimen Sitzungen“ Gesellschaft leisten.

Nun noch ein Wort über die „Neuerung“. „Mit Ausnahme der Zeit unter dem Sozialistengesetz sind die Parteitage der sozialdemokratischen Partei immer öffentlich abgehalten worden.“ So lesen wir wörtlich in unserem Chemnitzer Parteiblatt und ähnliche Behauptungen kehren in anderen Parteiblättern wieder.

Mit Verlaub, das genaue Gegenteil ist richtig. Bis zum Jahre 1877—1878 konnten wir keinen Parteitag mehr abhalten, weil er nach den Aktenstücken liberal verboten wurde — hat nicht einziger Kongreß, Generalversammlung oder Parteitag in Deutschland stattgefunden ohne geschlossene Sitzungen. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die Eisenacher kannten für ihre Jahreskongresse überhaupt nur öffentliche Volksversammlungen, in denen vorher bestimmte Redner allgemeine Themas erörterten und „geschlossene Sitzungen“.

Wie es aber bei und nach der Vereinigung gehalten wurde, dafür mögen die Tagesordnungen für den Vereinigungskongreß 1875 und den Kongreß für 1876 Zeugnis ablegen. Dieselben lauteten:

### Kongreß-Liste: Kaltwasserischer Saal.

- A. Vorversammlung: Sonnabend, 22. Mai 1875, Abends 8 Uhr: befuhs
  - 1. Abgabe der Mandate,
  - 2. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.
- B. Geschlossene Sitzungen: Sonntags von Vormittags 11 Uhr und Nachmittags 3 Uhr ab.  
(Es folgen nun die sechs Punkte der Tagesordnung, die ausnahmslos in geschlossenen Sitzungen verhandelt worden.)

Die Tagesordnung für den nächstjährigen Parteitag, der ebenfalls in G o t h a stattfand, lautete:

- A. Vorversammlung: Sonnabend den 19. August, Abends 8 Uhr.
- B. Öffentliche Sitzung (Volksversammlung): Sonntag, 20. August, Nachmittags 4 Uhr.
- C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, 20. August, Vormittags 11 Uhr.

Erst für den Parteitag im Jahre 1877 waren die geschlossenen Sitzungen von der Tagesordnung verschwunden. Das war aber keineswegs freiwillig geschehen, sondern die Unterlassung war erzwungen durch die Gründe, welche die

obersten Gerichte in Preußen, Bayern und Sachsen für die Auflösung unserer Partei-Organisation ins Feld führten. In diesen Gründen wurden, neben anderen, in den gewichtigsten Delegierten zum Parteitag und in den geschlossenen Sitzungen desselben die Merkmale für das Bestehen von Parteivereinen an den einzelnen Orten gefunden, die in „geschlossenen“ Sitzungen — entgegen den Bestimmungen des Koalitionsverbots mit einander in „Verbindung“ getreten sind.

Das ist der Zusammenhang des Koalitionsverbots mit den geschlossenen Sitzungen unserer Parteitage. Wenn nun die „Frankf. Ztg.“ und ihr folgend auch einige Parteiblätter schreiben, die beiden Sachen haben gar nichts mit einander zu thun, so beweisen sie damit nur, daß sie die parteigeichtlichen Vorgänge nicht kennen.

Also, bis zum Jahre 1876 haben wir auf unseren Parteitagungen u. unsere parteigenösslichen Angelegenheiten überhaupt nur in geschlossenen Sitzungen verhandelt. Daß dabei die Parteigenossen und die Partei-Interessen nicht zu kurz gekommen sind, beweisen die darüber veröffentlichten Protokolle, die freilich im Laufe der langen Jahre auch in Parteikreisen selten geworden sind.

Da die vereinigte Lage nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 noch genau so stand wie in den Jahren 1876/77, so durften die in jenen Jahren gesammelten Erfahrungen nicht ignoriert werden und die Ansetzung geschlossener Sitzungen auf unseren Parteitagungen unterblieb. Heute existiert dieser Zwang nicht mehr und der Parteivorstand glaubt deshalb gut gethan zu haben, diese Frage dem nächsten Parteitage zur Entscheidung zu unterbreiten. Wie diese ausfällt, kann ruhig abgewartet werden.

Nachgewiesen aber glauben wir zu haben, daß der „Marxstein in der Geschichte der Sozialdemokratie“ sich ganz ebenbürtig den immer sich wiederholenden Redensarten von der bevorstehenden Spaltung in der Sozialdemokratie, der Maruserung der Partei u. s. w. an die Seite stellen läßt.

Die Partei hat in ihren Beschlüssen sich bisher nur leiten lassen von ihren Interessen, so wollen wir es auch in Zukunft — und ganz sicher auch in Lübeck — halten.

Mögen die Gegner ihre Schreckschiffe abfeuern, wir wollen uns dadurch nicht nervös machen lassen.

Gegen diese Auslassungen des Parteisekretariats wendet sich die Redaktion des „Vorwärts“ und führt aus:

Die Darstellung des Sekretariats giebt uns keine Klarheit, ob in den 70er Jahren eine „geschlossene Sitzung“ dasselbe bedeutete, was jetzt vom Parteivorstand vorgeschlagen wird, nämlich Sitzungen des Parteitages unter Ausschluß der Vertreter der nicht-sozialdemokratischen Presse. Es scheint fast, als habe damals „geschlossene Sitzung“ nur den Gegensatz zu „öffentliche Volksversammlung“ bedeuten sollen. Freuen wir jedoch in dieser Meinung, so ist entfernt noch nicht erwiesen, daß das, was für die siebziger Jahre angemessen war, für die heutigen Verhältnisse empfehlenswerth ist. Wäre es aber empfehlenswerth, so sollte gefolgert werden, daß wir nicht eine oder einige geschlossene Sitzungen abhalten, sondern den ganzen Parteitag vor der nichtsozialdemokratischen Öffentlichkeit sperren müssen. Das will niemand, aber dazu führt der Hinweis auf die Gelogenheit der siebziger Jahre.

Es kann sich nur darum handeln, ob jetzt ein zwin-gender Anlaß zu Aenderungen gegeben ist. Es mag sein, daß die jetzige Öffentlichkeit diesen oder jenen Genossen gehindert hat, all und jedes, was zu sagen er Neigung verspürte, von sich zu geben. Im allgemeinen ist das aber nicht der Fall gewesen; wir haben noch keine Klagen aus Parteikreisen vernommen, daß unsere Parteitag-Delegierten aus ihren Herzen Würdegruben hätten machen müssen, und auch dem Parteivorstand hat, wie uns

## Cirkusbild.

Roman von Heinrich Lee.

25. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Charlotte schien bereits anzufangen, sich über Mr. Wheeler nicht mehr zu verwundern, obwohl er Worte sprach, die man von einem Kunstreiter doch nicht erwarten dürfte. Und was — was war mit Bruno selber geschehen? Leicht und ungezwungen, jedes Wort wohlbedacht und wohlgefaßt, gab er Antwort auf Antwort, als wäre ihm der Falen einer feinsühlenden, klugen und vornehmen Frau was Gewohntes und Vertrautes. Und hatte diese Fähigkeit bisher in ihm geschlummert, war er sich selber erst in diesem Augenblick und zwar mit der beständigen Geistesgegenwart, die sein Metier in ihm herangebildet hatte, ihrer Kräfte geworben — wollte er sie dieser Dame gegenüber, die für ihn jetzt ihren ganzen Stand repräsentirte, vielleicht in Absicht nun üben? Nur um ihr zu zeigen, daß auch ein Kunstreiter sich darauf verstand?

Wenn sich in die Worte anderer Kavaliere, die Charlotte hörte und die zumeist zum grünen Rasen zählten, dann und wann ein Spürchen Stallhust einmischte, so entschlopfte Bruno, obwohl er doch wahrlich gleichfalls mit dem Stall thum hatte, nicht eine Silbe, die daran erinnerte. Und das war er und blieb nichts anderes, nichts Besseres als ein Kunstreiter, ein Artist.

Bruno verabschiedete sich. Er wollte zeigen, indem er im Gespräch ein schnelles Ende machte, daß er sich der Kranken, die einen Mann wie ihn von einer Dame von dem Range Frau von Summins unüberbrückbar trennten, in Barmherzigkeit bewußt blieb.

„Adieu, Herr Wheeler!“ sagte Charlotte herzlich. Sie trat auf Bruno zu und reichte ihm lebhaft ihre Hand.

Bruno ergriff sie, aber er küßte sie nicht.

So trennte man sich von einander.

Wenige Tage später hielt vor dem hohen eisernen Hofthor des Hauses ein Rollwagen mit einem großen, einem Kasten ähnlichen Gerüst; ein Zimmermeister hatte es nach Bruno's Angaben hergestellt und unter seiner Leitung wurde es nun in der Remise aufgerichtet. In demselben Tage, durch dasselbe Hofthor führte Fritz auch einen kleinen braunen Ponym herein — Bob. In demselben Stalle, in welchem nur noch Charlottens Reitpferd stand, wurde für Bob eine Box eingerichtet. Seinen allabendlichen Taubensprung führte Bruno fortan auf seinem anderen Ponym, Monbijou aus, mit dem er den Sprung gleichfalls eingeübt und den er mit Bob an jedem Abend bisher abwechselnd geritten hatte. In jedem Vormittage aber, pünktlich um zehn Uhr, erschien er nun im Hofe vor der Remise, wo Fritz, nachdem er im Cirkus die andern Pferde schon besorgt hatte, ihn erwartete. Bruno führte selbst den Schlüssel und gemeinsam, er, Fritz und Bob zogen sie in die Remise ein. Die Thür hinter ihnen fiel wieder ins Schloß, und nur ein Polster, ein Kufen und Peitschenthalten, das aus dem Gebäude heraus-scholl, verrieth etwas von dem, was in seinem Innern jetzt geschah.

Als am nächsten Morgen, nachdem Bruno Charlotten seine Auswartung gemacht hatte, ihr Vetter, Herr von Pererow, bei ihr erschien, um sie bei der schönen Witterung zu einem Spazierritt abzuholen, sagte Charlotte, als sie beide schon zu Pferde saßen und sie die Thiere, vorläufig noch im Schritt, über den Asphalt der Straße gehen ließen, der nächsten Allee zu:

„Herr Wheeler hat mir seinen Besuch gemacht.“

„Wie?“ fragte Herr von Pererow.

Charlotte erzählte nun, wie Mr. Wheeler sich benommen hatte.

„Er scheint dir also gefallen zu haben“, bemerkte Herr von Pererow lächelnd.

Eben bogen sie in die Allee ein und lenkten die Pferde

über den Reitweg, aus dessen aufgeworfenen Schollen der feine herbe Moderduft des Herbstes aufstieg; während über ihnen die tief herabhängenden Äste mit ihren gelben Blättern fast ihre Köpfe berührten.

Charlotte verstaute ihr Pferd in Trab und Herr v. Pererow folgte, nicht ohne sich, wie immer, mit seinem Reiterauge an ihrer geraden tadellosen Haltung, mit welcher sie im Sattel saß, still für sich zu erfreuen.

„Ja!“ sagte Charlotte endlich auf seine Frage.

### Neunteres Kapitel.

In dem großen Hinterzimmer des bekannten Restaurants ging es heute Abend so lebhaft zu, wie stets, wenn der Artistenklub „Goldene Zwiebel“ seine wöchentliche Vereinigung darin abhielt. Was in der Residenz an Künstlern nur versammelt war, auch die Spezialitäten der Varietetheater, fand sich dann hier zu einem freundschaftlichen Zusammensein ein. Es war bereits elf Uhr vorüber — die Zeit, um welche die meisten mit ihrer Nummer fertig waren und der von Tabakqualm durchwogte Raum war schon so dicht gefüllt, daß der Kellner mit seinen Biergläsern und Tellern kaum hindurch konnte. An den Wänden hingen, oft die abenteuerlichsten Produktionen darstellend, bunte Plakate und Lithographien, mit welchen der wandernde Künstler von Engagement zu Engagement reißt, den Direktionen ausdrücklich versichernd, daß „Alles, was auf seinen Lithographien steht, von ihm gemacht wird“ und daß diese nicht bloß Werbemittel und Humpung sind. Die Eintretenden kamen um diese Jahreszeit schon meistens im Pelz, in welchem der Artist erst seine rechte Würde fühlt. Ein bekannter Agent, der erschien, wurde mit besonders geräuschvoller Freude begrüßt. Als bald wurde er umringt, Schriftstücke von einem enormen Umfange, Kontraktformulare, wurden über den Tisch gebreitet und jeder wollte Herrn Raphael, so hieß der Agent, erzählen, was er in dieser Saison „Neues aufgemacht“ hätte. An dem langen, die Fensterseite einnehmenden Tisch ging es nicht

büchle, bisher niemals die Kunst verlag, dasjenige den Genossen vorzutragen, was er für erforderlich hielt.

Aber die Fälschungen und Verleumdungen böswilliger Berichterstatter! Haben wir an diesen Fälschungen und Verleumdungen irgendwann irgendwelchen Schaden genommen? Haben wir nicht auch eine gute Zahl Berichterstatter gegnerlicher Zeitungen erlebt, die objektiv berichteten? Und trugen nicht diese Berichte dazu bei, das politische und moralische Ansehen unserer Partei auch in den Reihen unserer Gegner gewaltig gewachsen ist? Sollen wir jetzt beginnen, die Öffentlichkeit zu beschneiden, während bisher gerade die erbittertsten Gegner unserer Partei sich dagegen erregten, daß ein Theil der bürgerlichen Zeitungen von den Verhandlungen unserer Parteitage eingehend Kenntnis gebe, und empfehlen, unsere Tagungen möglichst todtschweigen?

Nicht einmal die Annahme bestätigt die Zuschrift aus dem Parteisekretariat, daß es sich nur um geschlossene Behandlung von rein geschäftlichen Angelegenheiten handeln soll. Wo soll die Grenze gezogen werden, wenn wir uns erst einmal auf diesen Weg begeben haben?

Wir sind nicht nervös und was die Gegner sagen, erschreckt uns nicht. Wir vermögen aber in jenem Vorschlag des Parteivorstandes keine Förderung unter Parteiinteressen zu entdecken. Bestenfalls sind die etwaigen Vortheile verhältnißmäßig gering gegenüber den Schädigungen, die von seiner Durchführung zu erwarten sind. Die Sozialdemokratie thut nichts und hat nichts zu thun, was nicht die weiteste Öffentlichkeit erfahren darf und soll.

Wir schließen uns vollständig dem an, was die „Zücht. Arbeiterzeit.“ zu den Auslassungen des Parteisekretariates bemerkt. Unter Dresdener Parteiorgan schreibt:

Die Begründung der Auegung, geschlossene Parteitagen einzuführen, nicht den Plan des Parteivorstandes doch in ein anderes Licht, als die erste Ankündigung. Die Beschränkung der Öffentlichkeit ist in größerem Umfange geplant, als es anfangs schien und andererseits soll sie nur für die gegnerische Presse gelten. Wir müssen gestehen, daß durch diese Ankündigung unsere Zustimmung für den Plan des Parteivorstandes nicht gewachsen ist. Wir nahmen bisher an, daß geschlossene Sitzungen nur da zugelassen werden sollten, wo die Erörterung rein geschäftlicher Angelegenheiten und persönlicher Zwischenfälle dies gebot; jetzt aber wird der Grund erweitert, es sei der Zweck dieser Sitzungen, die Treibereien in der gegnerischen Presse mit entsetzten Berichten zu unterbinden. Hier scheint uns eine Ueberschätzung der gegnerischen Reaktionen vorzuliegen, die durch nichts begründet ist. Im Uebrigen wollen wir uns anstandslos der Distinktion in der Presse, die jetzt in höherer Aussicht steht, damit beiseite, darauf hinzuwirken, daß ein Unterschied zwischen dem ist, was der Parteivorstand plant und der Parteitag will.

### Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Leipziger Böttcher haben am 15. Juni in einer Versammlung beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen, die gestellt werden sollen, sind folgende: 1. pro Woche 26 Mk. Minimallohn in den Brauereien; 2. 24 Mk. in allen anderen Betrieben; 3. in mehreren noch näher zu bezeichnenden Werkstätten einen Anschlag für Accordarbeit; 4. eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag; 5. Anerkennung sowie Benutzung des Schiffsarbeitsnachweises durch die Arbeitgeber. — Die Bewegung im Berliner Barbiergewerbe, die ursprünglich von den Gehilfen ausgehend zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, nachträglich von den Meistern aufgenommen worden ist, um höhere Preise zu erzielen, erfährt jetzt von Seiten der Arbeiterchaft wirksamen Unterstützung. Nachdem die Preis-erhöhung für Barbieren, Haarschneiden u. s. w. beschlossen worden, hängten verschiedene Geschäftsinhaber, die den Verkauf von Rumbischoff bespitzelten oder auch neue Kunden heranziehen wollten, Plakate aus mit der Aufschrift: Keine Preis-erhöhung. Es ist aber das Gegenheil von dem eingetreten, was sie erwartet hatten. Unmüßig weidet die Landtschaft in den Arbeiterkreisen, in denen man solchen Plakaten anscheinlich begegnet, die besagt gekennzeichneten Geschäftsinhaber dieser Natur wird ausschlaggebend sein für den Erfolg der Bewegung. — Die beiden großen Ausstände in Ungarn, nämlich der in den Ormavagebirgen zu Vornslav und der Streik der Arbeiter in den Eisenwerken der Staatsbahnen zu Keszicza sind — einer Meldung der „Bay. Ztg.“ zufolge — beendet. In beiden Fällen haben die Arbeiter einen vollen Erfolg er-

zielt. — Ein Bahnwärter aus Stand wird aus Montreal (Kanada) gemeldet. Etwa 3000 Bahnwärter der Canadian Pacific-Eisenbahn stellten auf Veranlassung der Arbeiter-Organisation die Arbeit ein. Die Zeitung der Bahn erklärt, das Publikum brauche bezüglich der Fahrt auf der Canadian Pacific-Bahn keine Besorgungen zu hegen, da sie für ausreichenden Ersatz der Ausständigen gesorgt habe.

**Zucht den Kindern.** Vor der Essener Strafammer hatten sich zwei Fabrikanten und ein Werkmeister wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zu verantworten. Es handelte sich um eine Berufungsverhandlung gegen ein Schöffengerichtsurtheil, laut welchem die Angeklagten, die beiden ersteren zu je 500 Mk., der letztere zu 100 Mk. verurtheilt worden waren. Es wurde Folgendes festgestellt: Die Fabrikanten David Bär und Th. Menhus zu Gelsenkirchen haben durch den Werkmeister Hoffmann seit 1908 bis 1900 jugendliche Arbeiter wiederholt veranlaßt, 24 Stunden hintereinander zu arbeiten; kürzere Ueberzeitarbeit ist in zahlreichen Fällen geleistet worden. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des erstinstanzlichen Urtheils, daß Gewinnsucht nicht das Leitmotiv der Geschehnisse gewesen sei. Die Berufung des Hoffmann wurde verworfen, die der Fabrikanten anerkannt und die Strafe um die Hälfte — ermäßigt. Für zwei Jahre lang betriebene Gewerbeübertretung 250 Mk. Strafe, — das wirkt wie eine Prämie.

**Städtische Wohnungsfürsorge.** Die Stadtverordneten von Offenbach genehmigten am Donnerstag den Ankauf dreier Gebäude, die einer gemeinnützigen Baugesellschaft gehörten, zum Preise von 95 835, um sie nicht in die Hände von Privatpekulanten gelangen zu lassen. Es handelt sich hier um etwa 50 Arbeiterwohnungen. Dem Einmüß der bürgerlichen Stadtväter, daß sich die Stadt durch die Verwaltung der Häuser viele Scherereien zuziehen werde, begegneten unsere Genossen mit dem Vorschlag, daß man durch die Bildung eines Mietherauswärters die Interessen der Häuser an der Erhaltung ihrer Wohnungen mehr interessiren und dadurch an der Mitverwaltung der Häuser theilnehmen lasse.

**In Kopenhagen tagte kürzlich ein Kongreß der Seelente und Hafenarbeiter.** Der hauptsächlichste Zweck desselben war die Gründung eines dänischen Transportarbeiter-Verbandes. Vor dem bestanden zwei Zentralverbände, der eine für die Matrosen, der andere für die verschiedenen Branchen der Hafenarbeiter. Diese beiden Organisationen haben sich durch Kongreßbeschluß zu einem nationalen Transportarbeiter-Verband zusammengeschlossen, der zunächst eine Verbindung aller in der Schiffsahrt beschäftigten Arbeiter, und im Laufe der Zeit auch eine Vereinigung mit den landlichen Transportarbeitern herbeiführen soll. Ferner soll der neue Verband Fühlung suchen mit den Transportarbeitern aller Nationen.

**Die Inhaftierung der Arbeitersekretariate** wegen angeblicher Gewerbeschädigung ihrer Thätigkeit hat in Posen, entgegen dem Benthener Fall, zur Freisprechung geführt. In Posen war gegen den Genossen Gogowski ein Verfahren eingeleitet worden. In dem, wie gesagt, freisprechenden Urtheil, wird ausgeführt: „Es sollte das Gesetz von der Anmeldepflicht) die Winkelkonjulenten treffen (Reichsgerichts-Erkenntnis 18 S. 293), weil nur gegen diese der Schutz für nötig befunden wurde. Zu diesen gehört aber der Angeklagte nach der Art seines Geschäftsbetriebes eben so wenig, als etwa ein Bankier, obwohl dieser die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten gewerbsmäßig betreibt. . . . Die amtlichen Motive zu dem Entwurfe dieses Gesetzes, mitgetheilt in v. Rohrscheidt „Die Gewerbe-Ordnung“, S. 191 ff., schildern in lebhaften Farben das gemeingefährliche Treiben eines großen Theils der als Winkeladvokaten, Volksadvokaten, Winkelkonjulenten u. thätigen Personen, welche sich nicht vom Interesse ihrer Klienten, sondern lediglich von ihrer Gewinnucht leiten lassen, und fanden das einzige Mittel, dieser Schädigung des Gemeinwohls abzuwehren, in der Ueberragung der Pflicht auf die Behörden, den fraglichen Gewerbebetrieb zu untersagen. Aus den Motiven erhellt, gegen welche Personen das Gesetz das Publikum zu schützen beabsichtigte. . . . Sodann erfolgt die Geschäftsbesorgung überhaupt nicht gewerbsmäßig, sondern im Verhältnis zu den Rechtshälfe Suchenden unentgeltlich. Diese werden nicht, wogegen der § 35 der Gewerbe-Ordnung sätzen will, wirtschaftlich ausbeutet, empfangen den Beistand vielmehr umsonst. Deshalb können die sog. Arbeitersekretariate, welche ihre Thätigkeit zu humanitären, gemeinnützigen Zwecken, wenngleich aus parteipolitischen Rücksichten über, nicht als gewerbliche Einrichtungen angesehen werden (von Rog-

scheidt, Note 30 zu § 35 G.-D.).“ Das freisprechende Urtheil gegen Gogowski steht auf ungleich festeren Füßen als das unlängst mitgetheilte Urtheil gegen Dr. Winter. Allerdings ist auch in Posen seitens der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urtheil Berufung eingelegt worden, Uebrigens hat der „Vorwärts“ neulich nachgewiesen, daß eine Verurtheilung den ausdrücklichen Erklärungen der Regierung bei Verathung des § 35 G.-D. im Reichstage wider spricht.

### Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein Skandal, der größeren Umfang anzunehmen scheint, wird aus Gms gemeldet. Dort wurden ein Affessor und eine junge Dame aus sog. guter Familie wegen Vergehen gegen das feimende Leben verhaftet. Andere Verhaftungen sollen bevorstehen. Auch bringt man den freiwilligen Tod eines Mannes mit der Angelegenheit in Zusammenhang. — Aus Verona wird gemeldet, daß der Eisenbahverkehr mit Tirol und Deutschland mithinwachtlich acht Tage unterbrochen sein wird, weil die Eise und ihre Nebenflüsse vielfach ausgetreten sind. Die Ueberschwemmung Comos läßt nach. — Der Kessel des spanischen Dampfers „Elena“ explodirte Montag in dem Augenblicke, wo der Dampfer den Hafen von Liverpool verließ. Zwei Personen wurden getödtet, vier schwer verwundet. Drei der Verwundeten sind ihren Verletzungen bereits erlegen. — Ungemüthliche Straßenbahnpassagiere beherbergt San Chri-istobal in Brasilien. Dort hatte die Straßenbahngesellschaft die Fahrpreise erhöht; die hierüber erbitterte Bevölkerung schickte sechs Wagen in Brand.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Die Strafkammer in Köln verurtheilte den Dienstmann Heinrich Klein wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß. Er hatte am 5. März in einer Wirthschaft mit Bezug über den Kaiser eine mankräftige Verurteilung gethan. — Den Prinzregenten soll der Hafener Schmiedbauer in Landshut beleidigt haben, wofür er von der Strafkammer in Nürnberg vier Monate Gefängniß erhielt.

**Was eine Volkszählung kostet.** Die Kosten der letzten Volkszählung beliefen sich in Berlin auf 283 000 Mark, es kommen also 15 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung. Für die vorletzte Zählung wurden städtischerseits nur rund 193 000 Mark aufgewandt, das ist rund 11 1/2 Pfg. pro Einwohner. Die Mehrausgabe erklärt sich aus der durch Aufnahme der Vororte bedingten Beschleunigung der Auszählung und die Ausdehnung des Zählbereichs auf eine umfangreiche Wohnungsstatistik.

Ein originelles „Gebetbuch“ hat eine elegant gekleidete Dame am Sonntag in einer Konditorei in der Nähe der Michaelskirche in Berlin vergessen. Das Buch, das auf seinem Deckel als Gebetbuch gekennzeichnet war, enthielt, wie sich bei der Besichtigung durch den Finder herausstellte, zwei Theile, der eine bestand aus einem noch mit Raschwerk gefüllten Behälter, der andere war mit einem durch den das Buch schließenden und verdeckten Hals versehen und enthielt eine veritable, mit Cognat gefüllte Flasche. In der aufklappbaren Mitte des „Gebetsbuches“ befanden sich einige wirkliche Blätter mit Gebeten und Gebangbuchverien. Ein Dienstmann holte schließlich das so vielen Zwecken dienende Buch ab.

**Mahagoni-Jäger** heißt im mittleren und südlichen Amerika eine wichtige und besonders gut bezahlte Klasse von Arbeitern, von deren Geschicklichkeit und Emsigkeit der Jahresverdienst vieler Bezirke in jenen Ländern abhängt. Die Mahagonibäume wachsen nicht in Gruppen, geschweige denn in ganzen Wäldern zusammen, sondern sind einzeln im Walde verstreut und meist in dicht wucherndem Gehölz verborgen. Es bedarf daher eines großen Geschickes und einer langjährigen Erfahrung, sie aufzufinden; und zu diesem Zwecke dienen eben die sogenannten Mahagoni-Jäger. Um einen großen Mahagonibaum zu fällen, müssen zwei Mann einen Tag lang arbeiten. Wegen der dornenartigen Auswüchse am Grunde des Stammes wird ein Gerüst um ihn errichtet, und der Baum über dieses Auswüchse abgeschnitten, so daß ein Stumpf von 10—15 Fuß Höhe bleibt und der beste Theil des Stammes verloren geht. Dann wird der abgeschnittene Baum von den Zweigen befreit und auf einen rohen Wagen mit Ochsen nach dem nächsten Fluß geschafft. Hier werden die Stämme zu Flößen zusammengeladen und mit der Fluth stromab befördert. Der Preis des Mahagoniholzes wechselt sehr, das beste und härteste mexikanische Holz wird mit etwa 640 Mk oder gar mit 800 Mark pro Verkaufseinheit bezahlt.

wieder lebhaft zu. Dort sah ein kleiner, hagerer Mann mit einem glattrasierten, ernsthaften Gesicht, der aus einer aufjählend lesbaren Meeresschiffen reichte und dabei Gesprochen erzählte. Alles sah um ihn herum und hörte zu, was das ihn häufig, obwohl er selber sein ernsthaftes Gesicht zu keiner Miene bezog, ein lautes Gelächter unterbrach. Fast jeder Entsetzte ging, als er seiner anständig wurde, auf ihn zu und begrüßte ihn. Unter allen Abenteurern, die ein wandernder Künstler überhaupt erleben kann, erlebte Tom Belling höchlich die allerwunderbarsten. Ein Theil davon war höchlich erwidert, einen andern Theil machte man von ihm auf dem und Glanzes hinauszuhören. Seit Jahren war Tom Belling verheiratet gewesen. Selbst die Agenten — Tom Belling war ihr gesuchtes Objekt, dem jede Direktion nach ihm, wenn er zu haben war, auf der Stelle in Engagement — jahrelang vergeblich nach ihm. Seine Abende, von einer halben Stunde, war er häufig, mit seiner unerschütterlichen erprobten Mäns, wieder sichtbar geworden. Er kam auf die besten Wege aus Sibiris, von Jekaterin, und seine Drie-läge, die er zeigte, war die mit regungslosen Händen Hundert-

Tom Belling war Clown, Reiter, Springer, auch Zauberkünstler, Concertsänger, Jongleur, und was man sonst noch von ihm verlangen wollte. Unter seinen Kollegen war er der populärste als Bobo Daggehl, der berühmteste als Concertsänger, der, um ein alter Herr und wohlhabender Hausbesitzer, der Reiter unter den besten Artisten, heute gleichfalls mit der Bühne ist. Bellings geschäftliche Betätigung rührte daher, daß er der Schöpfer des „Lust-Lust“ war. Vor Jahren als Springer bei

Kanz engagiert, betriebte er als solcher seinen Chef so wenig, daß ihm dieser erzümt, solange sein auf einen Monat laufender Kontrakt noch währte, jedes weitere Erscheinen in der Manege verbot; um seine fünfshundert Francs Monats-gage aber nicht bloß hinunterzuschleuden, sollte er an jedem Abend in Stallmeisteruniform, solange die Vorstellung dauerte, im Stallgange sich der Direktion zur Verfügung halten. Die Hand zwischen dem dritten und vierten Knochel, hing Tom hinter an jedem Abend im Stallgange still für sich auf und ab. An einem solchen Abend sah er auf der Erde eine blonde Haarperücke liegen. Aus Langes-weile legte er sich diese auf den Kopf. Im Stallgang hing ein großer Spiegel. Vor diesen trat er, wieder die Hand zwischen den Knöpfen, nur daß sein Kopf zufällig schief ge-lagert war, hin, und selbstgefällig, ja in Bewunderung ver-lunken, sah er sein Spiegelbild so an. Dabei merkte er nicht, wie hinter ihm sein Direktor auf ihn trat. „Nenich, hörte der alte Herr ihn zu — so gehn Sie auf der Stelle raus!“ Tom war verblüfft, aber schon hatte der alte Herr ihn eines kräftigen Stoß verjagt und Tom taumelte und stolperte, sehr gegen seinen Willen, in die Manege hinaus, wobei er die Länge lang in den Sand fiel. Im Publikum erhob sich ein lautes Gelächter und eine Stimme von der Gallerie rief: „Angust“. Tom stand auf, sah sich in ehr-lischer Enttäuschung um, ging wieder hinaus und, wenn das Publikum bei seinem Erscheinen schon gelacht hatte, so erhob sich jetzt ein wahrer Sturm. Immer wieder mußte Tom, von keinem alten Herrn gezwungen, in die Manege zurück und sich verfangen. „Angust“ rief ihm jetzt die ganze Gallerie entgegen. Von diesem Abend her datirte seine Be-

rühmtheit. Herr Menz erhöhte seine Gage auf das Doppelte, das Dreifache, bis erst Tom's unheilbarer Leichtsin und seine Streiche ihn zu seiner Entlassung zwangen. Tom fühlte sich nicht wohl, wenn es ihm gut ging, er mußte seine Abenteuer haben, gleichviel ob er in einem fremden Lande, aller Existenzmittel bar, sich deshalb auch aufs Pflaster setzen lassen und, wie ihm das in Petersburg geschehen war, zum Beispiel auf der Straße Streichhölzer verkaufen mußte. Hiervon und von seinen sonstigen Erlebnissen in Rußland erzählte er jetzt.

Unter den zuletzt Eingetretenen befand sich auch Sennor Narbaez. Er trat an den großen Tisch nicht heran, sondern setzte sich mit einer finsternen Miene in eine Ecke, wo er beim Kellner ein Glas Orog für sich bestellte. In dem Knochloch seines Knochenschlags trug er ein rothes Bändchen. Ging er mit diesem Bändchen nach Paris, so hielt das dort jeder-mann für die Ehrenlegion, was dort einem Künstler beim Engagement nur Vortheil bringen konnte. Hat schon der Schauspieler eine Vorliebe, Auszeichnungen und Orden zu erzwingen, weil die Souveräne ihm diese früher als dem Ver-treter eines Standes, auf dem ein Makel ruhte, versagten — so der Artist noch mehr, nur daß er sich meistens mit den-jenigen begnügen muß, die ihm in der Gestalt von Medaillen von irgend einer dunklen Seite, natürlich gegen baares Geld, geliefert werden. Das Ordensbändchen, das Sennor Nar-baez im Knochloch trug, war ihm von einer italienischen Gesellschaft und zwar, wie das Diplom ausdrücklich hervor-hob, „für Kunst und Wissenschaft“ verliehen worden. Er hatte dafür zweihundert Francs bezahlt.

(Fortsetzung folgt.)